

Ercheint täglich außer Montags.
Preis pränumerando: Viertel-
jährlich 3,00 Mark, monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Oesterreich-
Ungarn 2 Mk., für das übrige
Russland 3 Mk. pr. Monat. Einste-
in der Post-Station: Preisliste
für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 24. Juli 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Berichte der preuß. Gewerbe- Inspektoren für 1894.

II.

Die Vertrauensstellung.

In § 6 der preussischen Dienstausweisung heißt es: „Die Gewerbe-Inspektoren sollen durch die ganze Art ihrer amtlichen Thätigkeit eine Vertrauensstellung zu gewinnen suchen, welche sie zur Erhaltung und Förderung guter Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter mitzuwirken in den Stand setzt.“ Es ist nun selbstverständlich, daß, wie wir im vorhergehenden Artikel (Nr. 167 des „Vorwärts“) schon hervorhoben, bereits durch die Auswahl der Beamten das Vertrauen der Arbeiter geschwächt wird. Weit mehr noch aber geschieht dies dadurch, daß die preussischen Aufsichtsbeamten zu Kesselrevisoren — man muß sagen: degradirt wurden, indem sie ja als solche vorwiegend die Arbeiter interessieren zu wollen haben; und daß diese zu denen der Arbeiter prinzipiell in schroffem Gegensatz stehen, wird sich weder durch gewerkschaftliche Harmonie-übungen noch durch stummische Patriarchen-Tyrannie aus der Welt schaffen lassen. Dazu kommt noch, daß die Aufsichtsbeamten, besonders seit sie Kesselrevisoren wurden, nur sehr selten den Arbeitern zu Gesicht kommen. Im Bericht für Posen heißt es ganz zutreffend als Erklärung für den ungenügenden Besuch der Sprechstunden durch die Arbeiter: „Offensichtlich ist dies die natürliche Folge der seltenen Besuche der fast ganz von Kesselrevisionen in Anspruch genommenen Aufsichtsbeamten, die auch als Kesselrevisoren mehr mit dem Besitzer als mit den Arbeitern bekannt werden.“

Und außerdem verhindert das Unternehmertum die Arbeiter, mit den Beamten in Verbindung zu treten, indem es diejenigen, die es dabei erwünscht, mit der Hungerpeitsche Entlassung droht, wie ebenfalls aus den Berichten hervorgeht. Von seiten unserer Gegner wird in der bekannten verlogenen Manier behauptet, die Sozialdemokraten seien es, die gegen das Institut der Fabrikinspektoren „hetzen“, die Mißtrauen gegen dasselbe ausfüten und es beseitigt haben möchten; dabei sind es gerade sozialdemokratische Abgeordnete (Vebel und Frißche) gewesen, die bereits vor 25 Jahren, als diese Gewerbe-Aufsicht noch garnicht bestand, diese im Reichstage forderten. Und von jeher sind es auch die sozialdemokratischen

Zeitungen und Abgeordneten, die nachdrücklich auf Erweiterung der Vollmachten der Aufsichtsbeamten und Vermehrung derselben drangen und dringen. Dagegen bringt das Unternehmertum in überwiegender Weise entweder dem ganzen Institut offen Feindseligkeit entgegen, oder — was weit öfterer der Fall ist — es macht sich die Einrichtung desselben zu seinem Vortheil zu nütze, während es hinterhals die Arbeiter abhält, sich an die Gewerbebeamten zu wenden.

In den vorliegenden Berichten wird dies noch mehr wie in früheren Jahren von der Mehrzahl der Gewerbe-Inspektoren ausgesprochen, und wenn dies nicht noch deutlicher von seiten der Beamten geschieht, so suchen wir die Ursache auch darin, daß den Beamten bekannt ist, wie sich die Regierung ihrer dem Unternehmertum gegenüber annimmt! Der Fall Jäger, Köln, (Sommer 1892) ist noch nicht vergessen. Als dieser Fabrikinspektor in unserem Partei-Organ, „Rheinische Zeitung“, auf dessen Anfrage mitgeteilt hatte, er wolle die Arbeiter in bezug auf die Aenderung der Arbeitsordnungen hören, und ersuche die Arbeiter, ihm ihre Klagen mitzutheilen, wurde er vom Verein der Industriellen im Regierungsbezirk Köln bei der königlichen Regierung zu Köln verklagt: „er habe die Arbeiter geradezu zur Denunziation ihrer Arbeitgeber aufgefordert.“ Der Regierungspräsident beilegte sich, dem Verein mitzutheilen, „daß er das Vorgehen Jäger's gemißbilligt und ihm das Erforderliche eröffnet habe.“ Der famose Vertreter der Unternehmerinteressen, Abg. Dr. Möller, Dortmund, verteidigte in der Reichstags-Sitzung vom 9. Februar 1893 das Verhalten des Vereins der Industriellen und der Regierung, und der Minister von Bötticher ging über diese Angelegenheit mit Stillschweigen hinweg. Bereits im nächsten Jahre aber war Herr Jäger nicht mehr Gewerbe-Inspektor in Köln, sondern nach Lüneburg versetzt!

Kein Wunder also, wenn die Aufsichtsbeamten nicht diejenige Vertrauensstellung bei den Arbeitern erringen können, die, wie sie selbst einsehen, unbedingt für sie notwendig ist, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen und die Einhaltung der zum Schutz der Arbeiter getroffenen Bestimmungen wirklich überwachen sollen. So finden wir denn auch in den Berichten Klagen der Aufsichtsbeamten genug. In einigen Fällen bewies das Unternehmertum seine Feindseligkeit gegenüber der Fabrikinspektion sogar durch offenen Widerstand und Brutalität. In Ost-

preußen haben zwei Besitzer von Schnapsbrennereien erst dann die gesetzlich vorgeschriebenen und vom Aufsichtsbeamten verlangten Schutzvorrichtungen angebracht, als die Ortspolizei zu Hilfe geholt wurde! Leider verweigert der Bericht die Namen dieser renitenten Besitzer von Ar und Palm, die sicherlich zu den Junkern oder Junkerengenossen gehörten.

Im Regierungsbezirk Potsdam finden es die Besitzer größerer Anlagen „lästig“, daß eine Gewerbeinspektion vorhanden ist; weitergehende Ansprüche der Beamten an Einrichtungen für Gesundheitspflege und Wohlfahrt stoßen auf geringes Entgegenkommen, und manche schließen sich den Dampfessel-Revisionsvereinen an, in der Hoffnung, dadurch von dem Besuche des Gewerbe-Inspektors ein für alle mal befreit zu werden. Im Bezirk Berlin und Charlottenburg kam es sogar zu feindlichen Zusammenstößen. Der Bericht sagt:

„Die Beamten sind bisweilen auf Arbeitgeber gestoßen, die einer in hohem Maße verbitterten Stimmung über die Ungunst der Zeiten und die durch die neuere Gesetzgebung ihnen auferlegten Pflichten unverhohlenen Ausdruck geben. In zwei Fällen sind die Beamten in Ausübung ihrer Pflicht, der eine von einem Werkmeister, der andere von dem den Industriellen vertretenden Ingenieur gröblich beleidigt worden waren, Strafanträge gegen die Beleidiger erstattet worden. Im ersten Falle ist Verurteilung erfolgt, im zweiten Falle schwebt das Strafverfahren.“

In Trier hat ein Mühlenbesitzer den Gewerbe-Inspektor mit Thätlichkeiten bedroht und beschimpft; er erhielt 17 Tage Gefängnis. An den wohlverdienten Pranger, durch öffentliche Nennung seines Namens im Bericht, ist er nicht gebracht.

Fast alle Beamte melden, daß Unternehmer sie besucht hätten, um Rath und Hilfe in Kessellangelegenheiten zu erhalten, sonst aber nicht.

Um so klarer wird von einigen Beamten jetzt ausgesprochen, daß es die Abhängigkeit der Arbeiter vom Unternehmer ist, die den Lohnslaven zum stummen Gehorsam zwingt und ihn fürchten macht, sich beim Gewerbe-Inspektor zu beschweren. Anfanglich schien es den Beamten, als hätten sie zu wenig Sprechstunden oder zu unrichtiger Zeit; nun wurden diese in überwiegender Weise auf den Sonntag verlegt — aber die Arbeiter kamen nicht. Die Bekanntgabe der Sprechstunden erfolgte in den Amts- und Kreisblättern; daß diese von den Arbeitern nicht gelesen werden, sahen die Beamten bald ein, und sie gaben die Sprech-

71

Berliner Märztage.

(Nachdr. von Michel Deutsch.)

Eine geschichtliche Erzählung von Michel Deutsch.
Nun sah er sich plötzlich von selbstbewußten, mißtrauischen Volksmassen umgeben, die ihm Bedingungen stellten — das war eine Wendung der Dinge, von der er sich nichts hatte träumen lassen.

Das brach seinen Widerstand — und er schrieb. Nicht nur das Alexanderregiment, auch die zu seiner Brigade gehörenden Franzer sollten die Feindseligkeiten einstellen und sich in die Kasernen zurückziehen. Friße Grams nahm das noch nasse Blatt, durchlas es sorgfältig und gab es an die ihm zunächst stehenden Kampfgesossen.

„Das genügt, Herr General,“ sprach er alsdann zu dem Gefangenen — „wir werden Ihre Ordre weiter befördern.“

Und ich selbst? fragte der General zögernd.

Die Schützen traten einen Augenblick zusammen.

„Sie bleiben in unseren Händen“, erklärte Friße Grams nach rascher Verathung, „zur Bürgschaft für uns und zu Ihrer eigenen Sicherheit.“

Der General ließ den Kopf sinken — er hatte diese Antwort bereits von den Gesichtern der Umstehenden gelesen. Schweigend folgte er der bewaffneten Eskorte, die ihn nach dem Schützenhause abführte, während die tausendköpfige Menge hinter ihm in lautes Jubelgeschrei ausbrach.

Schon waren die Boten entwandt, die den Befehl des Kommandeurs an die Truppentheile überbrachten. Die Garben an der Königsbrücke hatten mit höchster Spannung die Vorgänge hinter der Barrikade verfolgt und von der Gefahr, in die der General offenbar gerathen war, nach dem Schlosse Meldung erstattet. Es war das falsche Gerücht entstanden, daß man den General erschossen würde, wenn nicht binnen einer Stunde die Truppen abmarschirt wären, und dieses Gerücht hatte seinen Weg bis in die Räume des Schlosses gefunden. Wie eine Bombe schlug es zwischen die feilschenden Parteien und gab den Ausschlag zu gunsten des Volkes. Gegen 10 Uhr morgens ertheilte der König den Befehl, daß sofort alle Straßen und öffentlichen Plätze geräumt werden und das Militär theils in die Kasernen zurück-

ziehen sollte. Er hatte auf die Bedingung, daß zuvor die Barrikaden weggeräumt werden müßten, ohne jeden Vorbehalt verzichtet.
Der Kampf war beendet — das Volk von Berlin hatte den Sieg erröthen.
Das alte Regime lag zerschmettert am Boden, ein neues Zeitalter war angebrochen. Welchen Siegespreis hatte es dem Ueberwinder zugebracht? ..
Inzwischen, noch war die Stunde nicht da, nach dem Siegespreise zu fragen. Noch verharrete das Volk, von Mißtrauen erfüllt, in seiner trotzigen Stellung — zu oft und zu herb war es schon enttäuscht worden, um jetzt auf einmal den Friedensworten des Gegners zu glauben.
Adjutanten, Bürger, Beamte erschienen vor den Barrikaden, schwenkten weiße Acher und verkündeten dem Volke, daß der König den Rückzug der Truppen angeordnet habe.
Wie — so hätte er sich wirklich jener Forderung gebeugt, die man ihm zwanzig Stunden vorher in der kurzen Formel: „Militär fort!“ gestellt hatte? Oder war das wieder nur eine Kriegslüge des Feindes, die das zum Widerstand entschlossene Volk in Sicherheit lullen und wehrlos machen sollte?
Doch nein, es ist Ernst; sie gehen diesmal wirklich. Sie nehmen ihr Gepäck vom Straßenpflaster auf, machen lehr und treten zum Abmarsch an.
Ein einziger Jubelschrei, aus hunderttausend Kehlen gewaltig hervorgerissen, erschüttert die Mauern der Spreestadt — ein jauchzender Morgengruß an die neugeborene Freiheit. Der zwängende Druck der letzten Stunden weicht von den Gemüthern. Im überwallenden Gefühl umarmen sich die Kämpfer, und Thränen der Freude rinnen über die bärtigen Gesichter. Es scheint ja so unglaublich, was da über Nacht geschehen — so unglaublich, daß der naive Sinn es kaum zu fassen vermag. Das Volk von Berlin hat die Knechtskette gesprengt — es ist frei, frei durch eigene Kraft!
Da ziehen sie ab, die Grenadiere des Königs — die auswärtigen Regimenter zuerst, und bald darauf auch die Gardes. In unabsehbaren Scharen geleitet das Volk sie zum Schlosse, vor dem die Abmarschirenden sich sammeln, und dann hinaus zu den westlichen Stadthorren. Denn im Norden, im Osten und Süden verweigert man ihnen den Durchmarsch: Hier stehen noch trotzig und unverfehrt

hundert von Barrikaden, als Wahrzeichen des Sieges, den das Volk erröthen.

Einem ursorischen Meere gleich, umbraust die wogende Menge die einstmalige Zwingburg am Spreestrand. Wie hat sich da die Szene in einer einzigen Stunde verändert! Verschwinden sind die Scharen schwarzenzählender Hofsoldaten, die glänzenden Stäbe, die blühenden Bataillone und Batterien — frei und ungehemmt fluthen die Volksmassen durch die weiten Höfe und Korridore.

Bleicher Schreden malt sich auf den Gesichtern der im Schlosse Zurückgebliebenen. Was wird die nächste Stunde, die nächste Minute den Ueberwundenen bringen? Was werden sie fordern, diese Tausende und Rehtausende, mit den rauchgeschwärtzten, übernachtigten, hohlhängigen Gesichtern, denen die Nacht das niedrigegeborene Haupt mit dem Siegeslorbeer umkränzt hat? Die Mehrzahl der Hölzlinge ist geflohen, in allerhand Vermummungen, aus Furcht vor der Rache des Volkes. Auf den Böden des Schlosses hat man, der Abrede zuwider, für den äußersten Nothfall ein halbes Regiment Soldaten versteckt; aber was ist das gegenüber diesem brandenden Ocean, dessen Wogen mit elementarer Gewalt gegen die Schlossmauern schlagen? Schauerliche Bilder ziehen vorüber an der angstgepeinigten Phantasie — grausige bluttriefende Gespenster, die aus der Verkennung der Geschichte unheimlich grinsend emporsteigen ..

Inzwischen beginnt der Sieger seine Forderungen zu stellen. Hochherzig gedenkt er zuerst der unglücklichen Brüder, die während des Straßenkampfes in Feindes Hand gerathen sind. Noch saßen ein paar von ihnen in den Kellern des Schlosses — sie wurden ohne weiteres in Freiheit gesetzt und von der Menge mit Jubelrufen empfangen. Die meisten der Opfer, wohl gegen sechshundert an der Zahl, waren mitten in der Nacht unter starker Eskorte nach Spandau geschickt worden, wo sie nach einem vierstündigen, qualvollen Marsch in die Festungskasernen geworfen wurden. Nichts anderes erwarteten diese hartgeprüften, barbarisch mißhandelten Dulder, als daß sie ohne Urtheil und Recht in den Festungsegräben erschossen werden würden. Aber bevor noch die Sonne im Mittag stand, hatte das Volk ihre Freilassung bewirkt, und der Abend schon sollte die „Hochverräter“ als gefeierte Märtyrer an der Siegesfeier theilnehmen sehen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Barrikaden weggeräumt werden müßten, ohne jeden Vorbehalt verzichtet.
Der Kampf war beendet — das Volk von Berlin hatte den Sieg erröthen.
Das alte Regime lag zerschmettert am Boden, ein neues Zeitalter war angebrochen. Welchen Siegespreis hatte es dem Ueberwinder zugebracht? ..
Inzwischen, noch war die Stunde nicht da, nach dem Siegespreise zu fragen. Noch verharrete das Volk, von Mißtrauen erfüllt, in seiner trotzigen Stellung — zu oft und zu herb war es schon enttäuscht worden, um jetzt auf einmal den Friedensworten des Gegners zu glauben.
Adjutanten, Bürger, Beamte erschienen vor den Barrikaden, schwenkten weiße Acher und verkündeten dem Volke, daß der König den Rückzug der Truppen angeordnet habe.
Wie — so hätte er sich wirklich jener Forderung gebeugt, die man ihm zwanzig Stunden vorher in der kurzen Formel: „Militär fort!“ gestellt hatte? Oder war das wieder nur eine Kriegslüge des Feindes, die das zum Widerstand entschlossene Volk in Sicherheit lullen und wehrlos machen sollte?
Doch nein, es ist Ernst; sie gehen diesmal wirklich. Sie nehmen ihr Gepäck vom Straßenpflaster auf, machen lehr und treten zum Abmarsch an.
Ein einziger Jubelschrei, aus hunderttausend Kehlen gewaltig hervorgerissen, erschüttert die Mauern der Spreestadt — ein jauchzender Morgengruß an die neugeborene Freiheit. Der zwängende Druck der letzten Stunden weicht von den Gemüthern. Im überwallenden Gefühl umarmen sich die Kämpfer, und Thränen der Freude rinnen über die bärtigen Gesichter. Es scheint ja so unglaublich, was da über Nacht geschehen — so unglaublich, daß der naive Sinn es kaum zu fassen vermag. Das Volk von Berlin hat die Knechtskette gesprengt — es ist frei, frei durch eigene Kraft!
Da ziehen sie ab, die Grenadiere des Königs — die auswärtigen Regimenter zuerst, und bald darauf auch die Gardes. In unabsehbaren Scharen geleitet das Volk sie zum Schlosse, vor dem die Abmarschirenden sich sammeln, und dann hinaus zu den westlichen Stadthorren. Denn im Norden, im Osten und Süden verweigert man ihnen den Durchmarsch: Hier stehen noch trotzig und unverfehrt

stunden in anderen Zeitungen bekannt, einige auch in den sozialdemokratischen, obwohl dies an mancher „höheren Stelle“ und bei fast allen Unternehmern verschleppt. Aber — die Arbeiter kamen nicht. Und wenn die Beamten sich einmal in einer Fabrik zeigten, kamen die Arbeiter auch nicht an sie heran, so daß „keine Beschwerden bekannt“ wurden. Warum? Der Gewerberath Dr. v. Mülliger zu Potsdam giebt darüber folgende richtige Auskunft: „Mit Ausnahme der sozialdemokratischen Parteiblätter haben die Tageszeitungen der politischen Parteien im letzten Jahre außer bei den parlamentarischen Staatsberatungen oder, wenn sie Klagen von Unternehmern über angebliche Uebertretungen der Beamten ihre Spalten öffneten, die Thätigkeit der staatlichen Gewerbeaufsicht todtgeschwiegen. — Der Verkehr mit den Arbeitern während der Besichtigungen von Anlagen leidet immer noch unter dem großen Mißtrauen, das von den Unternehmern oder ihren Vertretern und auch von den Arbeitern selbst den Beamten entgegengebracht wird. Daß Fragen zur Feststellung etwaiger Gesetzesübertretungen vielfach gar nicht oder wissenschaftlich falsch von den Arbeitern beantwortet werden, ist bereits allgemein bekannt. Fragen nach gesundheitlichen Mängeln, Bestrafungen, Lohnabzügen und Ähnlichem sehen, sobald sie in der Fabrik erfolgen, den besorgten Arbeiter jedesmal in die schmerzliche Verlegenheit und verlangen eine moralische Leistung von ihm, der auch in anderen Branchen sich die wenigsten gewachsen zeigen. Mühen doch die Arbeiter erwarten, daß ihnen aus der freiwilligen Beantwortung schwerer wirtschaftlicher Nachteile erwachsen. Hinter dem Rücken der Arbeitgeber die Arbeiter ausfragen, würde die guten Beziehungen zum Arbeitgeber noch mehr schädigen. Aus diesen Gründen beschränkt sich der Verkehr der Beamten mit den Arbeitern während der Besichtigungen auf wenige Worte. . . . Der Verkehr mit den Arbeitern außerhalb der Fabriken leidet gleichfalls noch unter dem Mißtrauen gegen die Absichten der Aufichtsbeamten und der Unkenntnis über deren Stellung und Aufgaben.“

Schwere wirtschaftliche Nachteile erwarten den Arbeiter, der dem Beamten freiwillig die Fragen beantwortet! Sehr richtig!

Gewerberath Rube, Biegnitz, bestätigt dies, indem er sagt: „Die Arbeiter suchen den Gewerbeaufsichtsbeamten deshalb nicht persönlich auf, weil sie glauben, dadurch bei ihren Arbeitgebern Aufstoß zu erregen.“ Der Beamte für Oppeln schreibt: „Gelegentlich der Fabrikrevisionen und geselligen Zusammenkünfte wurden die Aufichtsbeamten, wahrheitsgemäß mit Rücksicht auf die meist dabei anwesenden Arbeitgeber oder Vorgesetzten nur etwa 30 mal in Anspruch genommen.“ Hieraus können die Inspektoren auch ersehen, daß ihre Anwesenheit bei Fabrikfesten, wie sie in einigen Berichten als große sozialpolitische That geschildert wird, werthlos ist.

Der Gewerberath Schüler zu Arnberg klagt über die seltene Benutzung der Sprechstunden und den geringen Verkehr mit Arbeitern und Arbeitgebern; bei letzteren sei noch vielfach die Ansicht verbreitet, daß die Sprechstunden dazu bestimmt seien, strafbare Gesetzesübertretungen ausfindig zu machen und zur Anzeige zu bringen. Die Revisionen würden von einem Theile der Industriellen als Belästigungen empfunden. Er hoffe, „daß der Verkehr der Arbeiter mit den Beamten von den Arbeitgebern nicht mehr untersagt oder gar mit Entlassung gedroht werde, wie es leider bis jetzt noch geschieht.“

Hier haben wir also eine unumwundene Bestätigung für die Ursache der Zurückhaltung der Arbeiter und der Feindseligkeit des Unternehmertums gegen die Gewerbeinspektion. Weniger offen heraus, aber immer noch deutlich erklärt der Beamte für Düsseldorf: Die Vertrauensstellung in Arbeiterkreisen kann erst dann merktlich wachsen, wenn „die Kreise der Bevölkerung, die den sozialen Frieden wünschen, die so gern geleistete Versöhnungsarbeit unterstützen und nicht, wie es jetzt leider noch recht oft geschieht, ihr entgegenarbeiten.“ Daß er mit den Kreisen, die den sozialen Frieden wünschen (und gegen die Gewerbeinspektoren hegen), die Unternehmer meint, geht aus der sonstigen Denkmals- und Berichtsweise des Beamten hervor.

Gewundener, aber in demselben Sinne, schreibt der Gewerberath Goebel, Köln: „Ein Theil des Mißerfolges seiner Aufforderung, ihm Beschwerden vorzubringen, liegt daran, daß die Arbeiter immer noch nicht zu erkennen vermögen, daß der Gewerbeinspektor auch für den Arbeiter ein Vertrauensmann sein soll, dem er offen, und ohne daß er Maßregelung durch den Arbeitgeber zu fürchten braucht, alle wirklichen Mängel in den Betrieben aufdecken darf.“

Wie berechtigt diese Furcht ist, haben wir bereits gezeigt; aber auch der Gewerberath von Köln sieht die Berechtigung ein, indem er den Arbeitern den Rath giebt, Beschwerden Kommissionen zu wählen, die den Verkehr zwischen den Arbeitern und ihm vermitteln.

Solche Beschwerdekommmissionen haben wir Sozialdemokraten stets befürwortet und stets darauf hingewiesen, daß das Gewerkschaftskartell die geeignete Körperschaft dazu sei. Der Breslauer Gewerberath Bögermann hat schon im vorigen Jahre sich mit einer solchen Beschwerdekommmission in Verbindung gesetzt, wofür ihn die konservative „Schlesische Zeitung“ rüffelte und die Erwartung aussprach, „ein derartiger Mißgriff, der die sozialdemokratische Organisation amtlich als die berechnete Vertretung der Arbeiter anerkenne, werde in Zukunft vermieden werden.“ Das hat aber der Breslauer Gewerberath nicht gethan und kann infolge dessen melden, daß das Vertrauen der Arbeiter steigt. Beschwerden wurden in Breslau hauptsächlich durch die Vertreter des Gewerkschaftskartells vorgebracht; sie erwiesen sich fast immer als begründet.“ Ebenso ist in Guben der Beamte mit dem Gewerkschaftskartell in Verbindung getreten und spricht sich sehr günstig darüber aus. Der Beamte für Schleswig weist darauf hin, was auch zahlreiche andere Beamte thun, daß die mit so viel sozialreformerischer Neelome in die Gewerbe-Ordnung gebrachten Arbeiterausschüsse gar nicht in Thätigkeit treten, schon jetzt nach drei Jahren seit ihrer Begründung verfallen und vergessen sind, dafür aber die Gewerkschaftskartelle energisch und durchgreifend die Interessen der Arbeiter gegenüber den Unternehmern wahrnehmen.

Während so die Gewerbeinspektoren zu erkennen geben, daß sie einsehen, warum sie nicht eine Vertrauensstellung bei den Arbeitern besitzen, und sich bemühen, diese durch Beziehungen zu den Arbeiterorganisationen

sich zu verschaffen, behauptet, wie bereits im „Vorwärts“ in voriger Woche erwähnt wurde, der Gewerbeinspektor Müller in Hannover: die Hauptursache des Mißtrauens sei darin zu suchen, daß den leitenden Stellen der Arbeiter-Organisationen weniger an einer Beseitigung vorhandener Mißstände gelegen ist, als an einer möglichst großen Zahl von Klagen über vorgeblich bestehende Ungerechtigkeiten und Verläufe gegen die gesetzlichen Bestimmungen.“

Daß der Gewerberath Müller zu den Beamten gehört, die am wenigsten ihrer Aufgabe gewachsen sind, ist von sozialdemokratischer Seite ihm schon wiederholt im Reichstage wie im hannoverschen Parteiblatt „Volkswille“ gesagt worden.

Nun will er sich dagegen wehren, indem er den Spieß umdreht! Aber damit hat er kein Glück! Unser Parteiorgan in Hannover hat ihm bereits die gebührende Antwort zu theil werden lassen. Gerade der „Volkswille“ hat in umfangreichster Weise Jahr für Jahr die Berichte der Gewerbebeamten zur Kenntniß der Arbeiter gebracht, natürlich aber auch Unrichtigkeiten gerügt, und da bot gerade Herr Müller am meisten Gelegenheit dazu. Herr Müller war es, den im Oktober 1890 der „Volkswille“ zur Rede stellte, warum Müller im amtlichen Bericht eine so grobe Unrichtigkeit schreibe: „Regelmäßige Nacharbeit der Arbeiterinnen finde nur in den Zuckersfabriken statt“, während in Döhren bei Hannover die Woll-Wäscherei und Kammerei seit Jahren Nacht für Nacht hundert von Arbeiterinnen beschäftigt!

Im Jahresbericht für 1891 schrieb Herr Müller über die im „Volkswille“ öffentlich bekannt gegebenen Mißstände in Fabriken:

„Die Untersuchung ergab, daß der größere Theil der Mittheilungen unrichtig war.“ Daraus wurde der Herr Müller im „Volkswille“ aufgefordert, anzugeben, welche „unrichtigen Mittheilungen“ er meine, da alle diejenigen, die vom „Volkswille“ gebracht worden waren, dazu geführt hätten, daß der Gewerberath oder die Polizei eingriff, so daß demnach keine unrichtige Meldung gemacht worden sei. Herr Müller hielt es nicht für nothwendig, sich für seinen Irrthum zu entschuldigen, was bei den Reichstagsdebatten 1893 festgenagelt wurde.

Nun kommt derselbe Herr Müller und behauptet, die Arbeiterorganisationen Hannovers hegen gegen ihn! Möge er lieber, wie es einflußvollere unter seinen Kollegen thun, sich mit dem Gewerkschaftskartell in Verbindung setzen, dann wird er sich vielleicht das Vertrauen bei den Arbeitern erwerben, das allerdings bis jetzt noch nicht vorhanden ist und bei dem bisherigen Verhalten des Herrn Müller auch nicht vorhanden sein konnte. Besser noch wäre es, er verlegte seine Wirksamkeit auf ein ganz anderes Gebiet, denn wie sein diesjähriger Bericht erweist, gelingt es ihm nicht, sich mit seiner Aufgabe so vertraut zu machen, wie es nothwendig ist. So schreibt er u. a.: „Von Arbeiterorganisationen sind im Aufichtsbezirk nur der Buchbinderverband und der Fachverein der Metallarbeiter bekannt geworden.“ Wenn Herr Müller nur einmal den hannoverschen „Volkswille“ in die Hand nähme, hätte er das spaltenlange Verzeichniß der Arbeiterorganisationen Hannovers sehen müssen! Aber freilich — mancher lernt's halt nie! —

Und so giebt es unter den preussischen Gewerbeinspektoren noch manchen mehr oder weniger müllernen Beamten, der sich nur das volle Vertrauen der Unternehmung erobert hat. Die meisten aber sehen ein, warum sie die Vertrauensstellung bei den Arbeitern noch nicht erwerben konnten und diese Einsicht ist ein erfreulicher Fortschritt. Mögen die Beamten sich überall mit dem Gewerkschaftskartell oder einer Arbeiter-Beschwerdekommmission in Verbindung setzen. Die Arbeiter sind keine Gegner der Fabrikinspektion, im Gegentheil, sie wünschen und fordern, daß dieselbe unparteiisch und sachverständig vorgenommen, der Arbeiter aber nicht für sein Vertrauen zum Gewerbeinspektor von den Unternehmern brotlos gemacht werde. Daß freilich manche Beamte nicht genügend Sachkenntnis und Unparteilichkeit besitzen, zeigen die Berichte ebenfalls. —

Politische Ueberblick.

Berlin, 23. Juli.

Hammerstein's Memoiren. Herr v. Hammerstein, der „suspendirte“ Leiter der „Kriegs-Zeitung“, weilt zur Zeit in Sistrans bei Innsbruck bei seinem Schwager, dem Professor Maagen. Er arbeitet dort an einer Schrift, in der er eine geschichtliche Darstellung seiner gesammelten öffentlichen Wirksamkeit unter Berücksichtigung auch der neuesten Vorgänge zu geben gedenkt.

Es wird darin zweifellos viel die Rede sein von ausgeplünderten Pensionsfonds, höchst merkwürdigen Papierlieferungsverträgen und ähnlichem, und wird deswegen namentlich jüngerer Kassendefraudanten sehr zum Studium zu empfehlen sein. Ebenso werden aber auch dem Verkehr älterer Wüßlinge mit jungen, schönen Künstlerinnen einige Kapitel gewidmet werden, so daß die Lektüre des Buches auch von alten und jungen Schwerenöthlern, Kolonnen etc. etc. sehr geschätzt werden wird.

Ungeachtet aber all der Vorzüge des Herrn v. Hammerstein läßt man ihn jetzt überall fallen und selbst seine besten Freunde wollen nichts mehr von dieser Hauptstunde der altkonservativen Partei wissen. So wollen ihn jetzt auch seine Landtagswähler „suspendiren“. In einer vorgerückten abgehaltenen Ausschussung des Stölpener Bauernvereins wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute anwesenden Ausschussmitglieder des Stölpener Bauernvereins bedauern den „Holl Frhr. von Hammerstein“. Sie protestiren aber gegen die fernere Vertretung infolge des hochachtbaren Wahlkreises Stölp-Bauenburg-Bütow durch Frhr. v. Hammerstein in seiner Eigenschaft als Landtags-Abgeordneter. Wenn die gravirenden Thatsachen gegen ihn, womit sich die Tagespresse zur Zeit beschäftigt, erweislich wahr sind, so hoffen wir, daß Freiherr von Hammerstein sein Mandat als Landtags-Abgeordneter von selbst niederlegt, falls er überhaupt aus der sogenannten Sommerfrische zurückkehrt. Denn . . . wer selbst nicht moralisch stark genug ist, sein eigenes Haus bei einem so hohen jährlichen Einkommen von 40 000 M. zu besitzen, der kann auch nicht das Wohl und Wehe des preussischen Staates als Vollvertreter berathen.“

Auch eine direkte Nachricht kommt jetzt noch von dem suspendirten Freiherrn. Er veröffentlicht in dem Wiener „Waterland“ eine vorläufig nur im drahtlichen Auszuge vorliegende Erklärung von Sistrans in Tirol aus, in der es heißt, die gegen ihn erschienenen Schmähartikel beruhten in ihrem Inhalt theils auf lägenhafter Erdichtung von

Thatsachen, theils auf perfider Kombination von erfundenen und wahren, aber für sich genommen unverfälschten Thatsachen. Er habe geglaubt, zur Beruhigung seiner Freunde dieses Lebenszeichen von sich geben zu sollen.

Zur Beruhigung seiner Freunde soll diese Nachricht aber nicht beigetragen haben. Diesen liegt nämlich das schöne Land Tirol als Aufenthalt für den Freiherrn v. Hammerstein zu nahe. Sie wünschen ihn ins Land, wo der Pfeffer wächst. —

Die Abwesenheit des deutschen Votschafters in Wien wird von der offiziellen Presse für vollkommen unerheblich erklärt. Wenn der deutsche Votschafter in Wien jetzt überflüssig ist, dann ist er stets überflüssig; und, da dieser Votschafterposten einer der wichtigsten, so sind dann alle Votschafter des Reiches überflüssig. Es freut uns, daß die Regierungspresse einmal mit uns übereinstimmt mit der öffentlichen Meinung übereinstimmt. Die 120 000 Mark, welche Graf Eulenburg das Deutsche Reich kostet, könnten gleich den seltenen Gehältern seiner Kollegen gespart werden. Und abgesehen von der Geldersparnis würde das Deutsche Reich von der Abschaffung der Herren Votschafter auch sonst nur Vorteile haben. —

Kannegieherei. In verschiedenen Blättern, u. a. auch der „Kölnischen Volkszeitung“ lesen wir:

Ueber die Vorgänge in der ersten Sitzung des Reichstages im neuen Hause hat der sozialdemokratische Parteisekretär Fischer in einer Versammlung des zweiten Berliner Wahlkreises mitgetheilt, daß in der Fraktion eine Besprechung darüber stattgefunden habe, ob nicht die ganze Fraktion während des Kaiserhochs im Saale bleiben und ihrer Tradition gemäß demonstrativ sitzen bleiben solle. Anscheinend ist vor allen Dingen dafür gewesen, denn er veranlaßte ja mit einigen Genossen die unliebsame Szene. Ueberrascht worden sind also die Sozialdemokraten durch das Hoch nicht. Damit haben sie sich nur hinterher herauszureden versucht.

Was Fischer gesagt hat, stand schon an dem Abend nach der famosen Psalmsitzung in der „Freisinnigen Zeitung“.

Es hatte also niemand Zeit, sich „nachträglich“ herauszureden. „Nachträglich“ saßen bloß verschiedene Wiederwähler. —

Deutsches Reich.

— **Stichwahl in Waldeck.** Der Vorsitzende der verflochtenen Umsturzkommission, Dr. Böttcher, ist endgiltig aus der Reihe der Reichstags-Abgeordneten ausgeschieden. Bei der am Montag stattgehabten Stichwahl hat der antisemitisch-bauernbündlerische Kandidat Müller mit 5069 Stimmen Herrn Böttcher geschlagen, der es trotz aller Anstrengung nur auf 3959 Stimmen brachte. Dr. Böttcher wurde bei der Hauptwahl 1893 mit 4062 Stimmen gleich im ersten Wahlgang gewählt. Der nationalliberale Führer — das ist Herr Dr. Böttcher viel mehr wie Herr von Bennigsen, welcher heute in seiner Partei nur noch Dekorationsfigur ist, hat also von seinen bisherigen Wählern, die er seit 1878 im Reichstage vertrat, einen Abschied in schimpflichster Form erhalten. Für das Wiedererwachen des politischen Geistes in der deutschen Wählerschaft, ist der Wahlausgang in Waldeck ein erfreuliches Zeichen. Freilich ist der Sieger ein agrarischer Antisemit und für die Volkswohlfahrt ist von dieser Seite gewiß nichts zu erwarten. Aber die Antisemiten — wenigstens diejenigen die sich ehrlich als solche bekennen — sind einflußlos in Deutschland und ungefährlich. Herr Dr. Böttcher dagegen und die national-liberale Unternehmerrasse zu deren literarischen und parlamentarischen Klopffechtern der Durchgefallene gehört, sind der freitheitlichen Entwicklung unseres Volkslebens im höchsten Grade gefährlich. Wessen sich speziell das arbeitende Volk von den Politikern a la Dr. Böttcher zu versehen hat, das zeigle das Verhalten dieses Herren und seiner Freunde in der Umsturzkommission. Soweit es sich um Bestimmungen handelte, die Arbeiter zu knebeln, waren die Herren Eumecerus und Dr. Böttcher sogar noch den Konservativen über. Jetzt hat letzterer seinen Lohn weg. Das allgemeine Wahlrecht, das der Herr in seiner „Nationallib. Korr.“ so giftig angriff, es hat über ihn gerichtet und ihn zu leicht befunden. Was die abgegebenen Stimmen betrifft, so zeigen die Zahlen, daß es sogar ein Theil der Freisinnigen nicht über sich gewinnen konnte, für Herrn Dr. Böttcher zu stimmen. Nationalliberale und freisinnige Stimmen bei der Hauptwahl zusammen genommen, ergeben ein Plus von dreihundert Stimmen über die Zahl, welche auf Dr. Böttcher bei der Stichwahl fiel. Was die sozialdemokratischen Stimmen betrifft, so sind dieselben wohl geschlossen gegen Dr. Böttcher abgegeben worden und wir sehen nicht an zu sagen: gut so. Ein Arbeiter, der einen Nationalliberalen wählt, ist an sich schon ein Kuriosum; ein Arbeiter aber, der einem Dr. Böttcher, dem Vorsitzenden der Umsturzkommission, seine Stimme giebt, der verdient den Ehrennamen Arbeiter überhaupt nicht. —

— **Das Eindringen der Sozialdemokratie in der Armee** soll jetzt mit ganz besonderer Strenge zu verhindern gesucht werden. Es wird nach einer Lokalcorrespondenz den Reservisten, welche zur Übung eingezogen werden, vor ihrer Einleitung ein besonderer Korpsbefehl vorgelesen, in welchem auf die immer häufiger werdenden Versuche, revolutionären und sozialdemokratischen Lehren Eingang in die Armee zu verschaffen hingewiesen und dagegen die schwerste Strafe angedroht wird. Und zwar hat danach jeder, der durch revolutionäre oder sozialdemokratische Reden oder Aufrufe, durch Singen derartiger Lieder oder dergleichen sich als Anhänger der bezeichneten Lehren zu erkennen giebt, sowie auch ferner, wer revolutionäre oder sozialdemokratische Schriften in die Kasernen oder sonstigen militärischen Diensträume jeder Art einschmuggelt, sie dort verbreitet oder liest, je nach der Schwere des Falles die unannehmliche Bestrafung nach Kriegs- oder Standrecht zu gewärtigen.

— **Arbeiterstich in Bäckereien.** Bekommen die Bäckergehilfen keinen Schutz gegen beliebige Ausbeutung? So muß man fragen beim Lesen der folgenden Nachricht einer hiesigen Korrespondenz:

Die Frage des Maximalarbeitstages für das Bäckereigewerbe hat dieser Tage auch den in Briesen a. O. abgehaltenen Verbandstag der brandenburgischen Bäcker-Zünfte beschäftigt, wobei Obermeister Bernhard-Berlin mittheilte, er sei vor kurzem in dreiviertelstündiger Audienz beim Reichskanzler empfangen worden und habe aus dieser Unterredung die Hoffnung geschöpft, daß das Bäckereigewerbe von einem Maximalarbeitstage verschont bleiben werde. Besonders hätten bei der Regierung die gegen die Festschreibung einer solchen gerichteten Petitionen der Bäckergehilfen ersichtlich Eindruck gemacht.

Was an der Sache wahr ist, wissen wir nicht. Daß Wädgersen selbst petitioniert haben sollen, ihnen keinen Schutz angedeihen zu lassen, macht die Sache etwas ansehnlich. —

— Ein Auswanderungs-Gesetzentwurf soll der „Kreuzzeitung“ zufolge für die nächste Session vorbereitet werden. Der jüngere von der Reichsregierung vorgelegte Entwurf ist bekanntlich nicht zur Verabschiedung gekommen. —

— Wenn das Kind in den Brunnen gefallen. Die Behörden bemühen sich jetzt krampfhaft, den schlechten Eindruck wieder zu verwischen, den die im Mollageprozeß aus Tageslicht gekommene mangelhafte staatliche Aufsicht über die Irrenanstalten gemacht hat. Durch einen neuerlichen Erlaß des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten wird es den Regierungspräsidenten zur Pflicht gemacht, bei den bevorstehenden außerordentlichen Revisionen der Irren-Heil- und Pflege-Anstalten darauf hinzuwirken, daß die Revisionskommissionen ihr Augenmerk besonders auch dem Warte- und Pflegepersonal zuwenden. Der Minister wünscht, durch die Revisionsberichte namentlich darüber unterrichtet zu werden, welchen Eindruck das in den einzelnen Anstalten vorhandene Warte- und Pflegepersonal in bezug auf Bildung, Intelligenz, sittliche Haltung und Zuverlässigkeit gemacht hat, aus welchen sozialen Schichten das Personal vorzugsweise entnommen ist, wo und in welcher Weise es für den Irren-Warte- und Pflegedienst besonders ausgebildet und in welcher Weise und Höhe es für den Anstaltsdienst entlohnt wird. Auch sollen die Anstaltsvorstände ausdrücklich befragt werden, welche Erfahrungen sie mit ihrem Warte- und Pflegepersonal gemacht haben, ob das letztere Neigung zeigt, die Kranken mit Härte oder Schöffheit zu behandeln, wie die Anstaltsleitung nach dieser Richtung hin Schutz und Sicherheit gegen Ausschreitungen zu gewinnen sucht und mit welchen Mitteln sie bestrebt ist, gute, erprobte und bewährte Wärterinnen und Wärter dem Anstaltsdienst zu gewinnen und möglichst lange zu erhalten. Auch das Alter der neu eintretenden und der vorhandenen Wärter, sowie die Dauer ihrer Dienstzeit in der Anstalt ist zu beachten. Einrichtungen, die auf Heranbildung eines tüchtigen Wartepersonals abzielen, sind besonders zu vermerken und zu beurteilen. Sofern sich bei den Revisionen ältere Wärter oder Wärterinnen finden, die durch langjährigen treuen, selbstverleugnenden Dienst in einer Anstalt, durch vorzügliche Leistungen und durch ihre zuverlässige Persönlichkeit sich ganz besonders hervorthun und aus diesem Grunde etwa einer Auszeichnung würdig erscheinen, so sieht der Minister in dieser Beziehung entsprechenden Vorschläge entgegen. —

— Im „Reichsanzeiger“ werden die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Personen des Soldatenstandes des Reichsheeres und der Marine vom Feldwebel abwärts, veröffentlicht. —

— Zum Schutze der Bauhandwerker bereitet nun auch die badische Regierung Maßregeln vor. Das Ministerium des Innern hat Ermittlungen anstellen lassen und an die Gewerbevereine wie Landesversammlungen ein Rundschreiben gerichtet, das Gutachten über diese Fragen und Berichte über etwaige Fälle verlangt. Die Verluste, welche das Bauhandwerk bei der Zwangsversteigerung städtischer Grundstücke in neuerer Zeit erlitten hat, werden auf Millionen veranschlagt. Hierbei wird geltend gemacht, daß die Bauhandwerker als die wirtschaftlich Schwächeren sich gegen solche Verluste nicht selbst zu schützen vermöchten, weshalb diesen Mißständen durch die Gesetzgebung vorgebeugt werden soll. —

— Hilfeleistung bei großen Feuersbräunten. Die „Post“ macht folgenden Vorschlag zur Hilfeleistung bei großen Feuersbräunten in kleinen Ortschaften:

„Obdach und Nahrung; diese Bedürfnisse machen sich in solchen Fällen zunächst geltend, wie man jüngst in Broderode wieder erfahren hat. In Zeit von drei Stunden war der Ort von 888 Wohngebäuden bis auf 80 Häuser von der Erde verschwunden und über 2000 Menschen irren ohne Obdach umher, meilenweit von jeder größeren Ortschaft entfernt. Sollte es nun der Staatsregierung große Schwierigkeiten bereiten, die Militärbehörden anzuweisen, aus ihre im ganzen Lande zerstreuten Depots bei eintretenden ausgedehnten Feuersbräunten oder Wassernöthen sofort mit Zelten, wollenen Decken und Nahrungsmitteln zur Unglücksstätte zu eilen? Die Depots würden jedem Gemeindevorstand zu bezeichnen sein, an welche er sich in Nothfällen zu wenden haben würde und für den Kostenaufwand den Ersatzpflichtigen zu finden, wird keinen Schwierigkeiten begegnen.“ —

— Ein neuer Fall von Leichensektion gegen den ausgesprochenen Willen der Angehörigen wird durch folgende, im Duisburger „Bürger- und Gewerbestund“ bekannt gegebene Strafanzeige eines Herrn Bernards in Duisburg in die Öffentlichkeit gebracht:

Der Kgl. Staatsanwaltschaft zeige ich hiermit an, daß mein Schwager Hnd. Willekes am Abend des 16. Juli im St. Vincenz-Spital an Nierenvereiterung gestorben ist. Am 17. Juli, morgens gegen 11 Uhr, frug ich, den Vater und mich, der Assistenzarzt Dr. Wintermantel, ob wir die Leicheneröffnung gestatten, was wir durchaus abschlugen. Dasselbe haben wir dem leitenden Arzte Dr. Schulte erklärt. Trotzdem hat eine völlige Leicheneröffnung stattgefunden. Denn als wir um 4 Uhr die Leiche ausbarten, fanden wir an derselben einen am Halse beginnenden über Brust und Bauch laufenden und die Weichteile trennenden Schnitt. Uebrigens war derselbe sorgfältig zugenäht. Daß die Sektion eine vollständige gewesen sein muß, beweist außerdem die Aussage des Dr. Schulte: „Der Patient mußte sterben, weil Lunge, Leber, Milz und die andere Niere auch ganz krank waren.“ Eine solche Wissenschaft ist ohne Leicheneröffnung nicht möglich. — Ich stelle daher gegen die betr. Kgl. Strafantrag in dem Sinne, wie das Gesetz die unbefugte Eingliederung von Leichen verbietet. — Da die Beerdigung am 18. Juli um 8 Uhr stattfinden soll, bitte ich um vorherige amtliche Leichenbesichtigung.

Es ist zwar ein etwas rückständiger Standpunkt, wenn die Angehörigen die Sektion Verhörer unbedingt verhindern wollen; denn der behandelnde Arzt hat in der That ein berechtigtes Interesse zu erfahren, ob seine Diagnose (Beurteilung der Art der Krankheit) richtig war, und die medizinische Wissenschaft wie die Patienten können hierdurch nur gewinnen. Aber wenn die Angehörigen eine Sektion verbieten, dann darf sie eben nicht vorgenommen werden, und wenn dies doch geschehen ist, dann muß der Arzt bestraft werden. Eine solche Bestrafung erwarten wir auch in diesem Falle. —

Belgien.

— Der Papst hat sich wieder einmal über den Sozialismus geäußert. Die „Observatore Romano“ veröffentlicht ein Schreiben des Papstes an den belgischen Episcopat über die soziale Frage. Der Papst besteht darin vor allem auf der Nothwendigkeit der Eintracht der Katholiken, für welche die gegenwärtige Differenz den belgischen Katholiken ein neues Exempel sei. Sodann fordert der Papst die Bischöfe auf, zu einem Kongresse zusammenzutreten, um über die besten Mittel zur Erreichung dieses Zieles zu beraten, und führt die Grundsätze an, auf welche die Bischöfe die Aufmerksamkeit lenken sollen. Diese Grundsätze beruhen auf der Freiheit und dem Glauben der katholischen Religion und der bürgerlichen Institutionen. Ferner richtet der Papst die Weisung an die Bischöfe, die Katholiken von der öffentlichen Polemik und der Schmälzung des Prinzipes der gesellschaftlichen Autorität abzuhalten und schließlich mit der Aufforderung an alle Katholiken, sich den Umsturztheorien des Sozialismus lebhaft zu widersetzen, welcher alles gegen die Religion und den Staat versuche und das göttliche Recht mit dem menschlichen Rechte zu verschmelzen trachte. Den letzten Satz dürfte der Papst in seiner Unschärfe

allein verstehen, wir verstehen ihn nicht. Im übrigen verstehen wir sehr gut und nehmen es ihm auch weiter nicht übel, daß er sich dem internationalen Kampf der Bourgeoisie gegen den Sozialismus anschließt. —

Italien.

— Sieg der italienischen Sozialisten bei den Municipalwahlen. Man schreibt uns aus Rom: Der größte Theil der italienischen Municipalwahlen ist nun erledigt, und, gleichwie bei den Parlamentswahlen, haben unsere Genossen auch hier bedeutende Erfolge errungen. In Vicenza, Veggio, Emilia, Turin, Florenz, Lodi, Correggio, Brioni, Arona, San Remo, Pavia und in anderen Städten haben die sozialistischen Kandidaten triumphirt oder eine weit größere Stimmenzahl erreicht als bei den früheren Municipalwahlen. In San Remo wurde der sozialistische Schuster Eugenio, der erst vor kurzem zu Zwangswohnsitz verurtheilt wurde, zum Provinzialrath gewählt. —

Die Wahlkommission des Parlaments hat die Wahl Andrea Costa's in Budrio für ungültig erklärt und Stichwahl zwischen Costa und dem General Mirri beantragt. Dieser letzte Versuch, dem Diktator von Sizilien traurigen Andenkens zu einem Mandat zu verhelfen, wird ebenso misslingen, wie alle vorangegangenen, denn Budrio ist einer der sichersten Wahlkreise der italienischen Sozialisten. —

— Die Crispinereien des italienischen Bismarck mögen noch so oft durch Resolutionen und Uebergehungen zur Tagesordnung aus dem Weg geräumt werden, sie ergehen sich immer wieder als Anklagen gegen ihren Urheber. Auch in der gestrigen Kammer Sitzung sah Crispi wieder auf der Anklagebank. Es wird darüber telegraphirt:

Rom, 22. Juli. (Deputiertenkammer.) Rosano, früherer Unterstaatssekretär im Ministerium Giolitti, befragt den Justizminister über die Absichten der Regierung hinsichtlich des Prozesses über die Entwendung von Schriftstücken in der Angelegenheit der Banca Romana. Der Justizminister erklärt, nach dem Urtheilspruch des Kassationshofes habe die Gerichtsbehörde augenblicklich nichts mehr in der Angelegenheit zu thun. Die Exekutive habe bereits im Senate erklärt, daß hohe Gründe politischer Natur ihr verbieten, der Kammer die Berathung der Finanzmaßnahmen zu erlauben. Wenn die Kammer gegenwärtiger Ansicht sei, so sei es ihre Sache, ihr Recht geltend zu machen. (Bewegung.) Die Erklärung des Ministers wird lebhaft besprochen. Hiermit ist der Zwischenfall geschlossen. Die Kammer geht dann zur Berathung der vom Schatzamt beschworbenen Maßnahmen über.

Am Schluß der Sitzung bringen Rudini und andere Deputierte einen Antrag ein, durch welchen sie die Regierung auffordern, die Schriftstücke in dem Prozeß wegen Verfechtung von Dokumenten in der Angelegenheit der Banca Romana der Kammer vorzulegen. Ministerpräsident Crispi befragt seine im Senat abgegebenen Erklärungen und fügt hinzu, die Regierung sei bereit, der Kammer die erwähnten Aktenstücke vorzulegen. Das Ministerium habe nichts gethan, um den Lauf der Gerechtigkeit aufzuhalten. Die Inkompetenz der Gerichtsbehörde sei durch einen der Angeklagten hervorgerufen worden. Der Kassationshof habe dann den Prozeß für nichtig erklärt. Das Kabinett würde die Akten vorlegen und seine Vorschläge machen, um die Kammer in die Lage zu versetzen, einen Beschluß zu fassen. Crispi schloß damit, daß er Rudini aufforderte, den Antrag zurückzuziehen. Rudini zog dann den Antrag zurück. —

England.

— In bezug auf die bisher gewählten Arbeiterkandidaten sind wir dem Wolffschen Telegraphen-Bureau die Erklärung schuldig, daß es mit den zwei gewählten Arbeiterkandidaten doch recht hatte — was uns nur lieb sein kann. Außer Burns ist auch Wilson, der Führer des Matrosen- und Heizerverbandes, wieder gewählt worden. Durch ein Versehen war in unserem Telegramm hinter seinem Namen das Wort „gewählt“ weggelassen. Heute ist zu jenen 2 Arbeitervertretern nun auch noch Mr. P. A. Card, Vertreter der Grubenarbeiter, als dritter im Bund hinzugekommen. Vom vorliegenden internationalen Bergarbeiter-Kongreß her ist Herr P. A. Card vielen Berliner Arbeitern bekannt.

Auch die heutigen Wahlen haben die Majorität der Regierung vergrößert. —

Das neueste Telegramm lautet: London, 23. Juli, Nachmittags 4 Uhr. Bisheriges Wahlergebnis: 361 Unionisten — Gewinn 91 Sitze — 122 Liberale — Gewinn 18 Sitze — 9 Parnelliten, 57 Antiparnelliten, 2 Kandidaten der Arbeiterpartei. Der Parnellit Hayden unterlag in Roscommon (Irland) dem Nationalisten John Dillon. —

Bulgarien.

— Die Polizeikandale beim Begräbniß Stambulow's werden von der russisch-österreichischen „Agence Balkanique“, wie folgt dargestellt: Trotz der ungeheuren Menschenmenge, welche das Sterbehaus umgab und die Moskowskystraße füllte, war keine Polizeimacht ausgetrieben. Die Träger von Kränzen, sowie die übrigen Teilnehmer am Begräbniß mußten sich mit Wägen den Weg durch die dichtgedrängte Menge bahnen, um ins Trauerhaus zu gelangen. Die Familie Stambulow's hatte nämlich jede polizeiliche Unterhütung abgelehnt und sich auch geweigert, die Straßen anzugehen, welche der Leichenzug passieren sollte. Die Folge davon war, daß sich derselbe vom Trauerhause bis zur ersten Haltestelle in unangenehmer Unordnung fortbewegte. In der Menge, welche von niemand zurückgehalten wurde, bemerkte man neben Diplomaten auch Leute der niedrigsten Sorte. Als der Polizeipräsident den Zug die Straße herkommen sah, beorderte er einen Polizeikommissar und ein Detachement der berittenen Gendarmen, den Zug zu begleiten und die Menge zurückzuhalten. Das Detachement setzte sich in Galopp und erreichte den Zug in dem Augenblicke, in welchem Pellow auf dem Platze, wo das Attentat geschehen war, eine Rede halten wollte. Da erlitt der Auf „Polizei hinter uns“, welcher Anlaß zu der gemeldeten Panik gab. Die Polizei mahnte vergebens zur Ruhe. Diejenigen, welche an der Spitze des sehr langen Zuges schritten, hörten nichts, sondern schälten sich bloß gedrängt. Endlich brach sich die Polizei durch die Menge Bahn und erklärte, der Ordnung wegen den Zug begleiten zu müssen. Augenzeugen konstatiren, daß keiner der diplomatischen Agenten ungeduldet der kritischen Augenblicke, die sie durchzumachen hatten, der Polizei Vorwürfe gemacht habe. Man tadelt bloß die Untüchtigkeit des Kommissars, der trotz seiner auf die Verhütung der Menge gerichteten Absicht mit gezogenem Säbel auf dem Friedhofe erschien. Die diplomatischen Agenten sollen auch, wie die „Agence Balkanique“ hinzugefügt, das Gerücht, daß in der Kirche gleichfalls ein von einer Panik begleiteter blutiger Zusammenstoß stattgefunden hätte, für unbegründet erklärt haben.

Der Bericht wimmelt von Widersprüchen und Unwahrscheinlichkeiten. Nicht, daß keine Polizeimacht ausgetrieben war, hat den Zusammenstoß herbeigeführt, sondern umgekehrt: daß die massenhaft ausgetretene Polizei die Menge angriff und die größten Brutalitäten verübte.

Wegen Mißhandlung verschiedener fremden Konsuln und sonstigen Ausländer in antizipierender Stellung sind der bulgarischen Regierung bereits mehrere Proteste und Beschwerden zugegangen, durch welche die Stellung der Regierung sicher nicht befestigt wird. Die bulgarischen Behörden fahren fort, „male donische“ freischaffler über die türkische Grenze zu schicken. Der Krieg geht so lange zum Brannen, bis er bricht.

Inzwischen ist noch folgendes Telegramm eingelaufen: Sofia, 23. Juli. Die „Swoboda“ veröffentlicht eine Erklärung der Anhänger Stambulow's, wonach sich die Partei trotz des Todes ihres Führers nicht auflösen, sondern den Kampf für die Unabhängigkeit des Vaterlandes fortführen

werde. Pellow, welcher die Führung der Partei übernimmt, erklärt, das Parteiprogramm bleibe dasselbe wie bisher, nämlich Kampf gegen den russischen Einfluß und Hochhaltung des Grundgesetzes der Unabhängigkeit Bulgariens. Dieses Programm wurde von allen Parteidelegirten, die zum Begräbniß Stambulow's gekommen waren, angenommen. — In einem Artikel, betitelt: „Wer sind die Mörder Stambulow's?“ führt die „Swoboda“ eine Reihe angeblicher Thatfachen an, durch welche neuerdings versucht wird, dem Prinzen Ferdinand die Mitverantwortung für den Tod Stambulow's zuzuschreiben. Das deutet auf Sturm. Die Erklärung der Freunde Stambulow's hat entweder keinen Sinn, oder sie ist ein Pronunciamento. —

Sehr beachtenswerth ist das folgende Telegramm aus London:

Der „Standard“ meldet aus Konstantinopel, daß bulgarische Kabinete demissionirt, weil es zu ohnmächtig sei, um sich dem russischen Einfluß zu widersetzen. Das betreffende Telegramm besagt weiter, daß der bulgarische Thron in allernächster Zeit mit einem russenfreundlichen Fürsten besetzt werden würde.

Amerika.

— Aufstand in Kolumbia. Nach einer Depesche aus Colon (Republik Kolumbia) ist in den Departementen Boyaca, Santander und Cundinamarca ein Aufstand ausgebrochen. —

Kuba.

— Vom kubanischen Aufstand liegt heute die folgende Meldung vor:

Madrid, 23. Juli. Dem „Imparcial“ wird aus Havanna gemeldet: Die Truppenabtheilung des Generals Navarro ist in Bayamo eingetroffen, ohne auf die Aufständischen gestoßen zu sein. Die Verbindungen zwischen Bayamo und Manzanillo sind wieder hergestellt. Ein amerikanisches Küstenwachtschiff hat den Dampfer „Chilbo“, welcher sich mit einer Anzahl Freibeuter auf der Fahrt nach Kuba befand, genommen. —

Partei-Nachrichten.

Die Agrarkommission trat Dienstag, den 23. Juli, im Reichstags-Gebäude zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um zu den Angriffen auf Genossen Quard, den von der Agrarkommission beauftragten Parteitag-Referenten über das Agrarprogramm, Stellung zu nehmen. Die Kommission faßte folgende

Resolution:

„Die Kommission erklärt, nach Kenntnisaufnahme des Materials und nach den Erklärungen des Genossen Quard:

Es ist kein Anlaß vorhanden, bezüglich der Bestellung des Genossen Quard zum Referenten für den Parteitag eine Aenderung eintreten zu lassen.

Im übrigen vermag die Kommission die Fassung der in der „Kaufmännischen Presse“ vom 22. und 29. Juni 1895 veröffentlichten, die Stellung dieses Organs zur Partei betreffenden Äußerungen nicht als der Würde der Partei entsprechend anzusehen und erwartet, daß Genosse Quard seine Stellung innerhalb der kaufmännischen Gehilfenbewegung baldigst vor der Öffentlichkeit klären werde.

Die Form der Angriffe gegen Genossen Quard, wie den von beiden Seiten angeschlagenen Ton der Polemik vermag die Kommission nicht als angemessen anzusehen.“

Im Laufe der Verhandlung ergab es sich, daß Genosse Quard während der Zeit, in welche die übrigen zum Gegenstande von Angriffen gemachten Artikel fielen, nicht in der Redaktion der „Kaufmännischen Presse“ thätig war.

Badische Landtagswahlen. Als Kandidat für Freiburg ist von den dortigen Parteigenossen der Schuhmachermeister Friedrich Haug aufgestellt.

Beitheiligung an den Stadtverordnetenwahlen beschlossen die Parteigenossen Kölns.

Von der Agitation. In Dortmund sprach Reichstags-Abgeordneter Paul Singer in stark besuchter Volksversammlung unter stürmischem Beifall über die jammervollen sozialen und politischen Verhältnisse des glorreichen Deutschen Reichs. Zum Schluß forderte er die Arbeiter zu energischer Beitheiligung am Wahlkampf auf, damit der Reichstag nicht mehr die Pflicht habe, das Mandat des Kommerzienraths Möller abermals für ungültig zu erklären, sondern bei seinem Wiederzusammentreten unseren Genossen Dr. Büngen als sein Mitglied in Empfang nehmen könne. Auf polizeiliches Gebot hatten aus der Versammlung die Frauen hinausgewiesen werden müssen, wegen selbstverständlicher Beschwerde geführt werden wird. — Auch in Marzen, Bochum und Essen referirte Singer in sehr gut besuchten Versammlungen.

Ueber die Stellung der Sozialdemokratie zur gegenwärtigen Strafrechtspflege sprach der Parteigenosse F. Kufert aus Berlin in einer gut besuchten Volksversammlung in Breslau. Nach dem Vortrage, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, worin von der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion erwartet wird, daß sie baldmöglichst und energisch für eine vernünftige, menschliche und einseitige Regelung des deutschen Strafvollzuges durch Reichsgesetz eintreten werde. Eine tiefgreifende Umgestaltung der gesamten Strafrechtspflege sei zur dringenden Nothwendigkeit geworden. Die Wurzeln des modernen Verbrechens seien in der kapitalistischen Wirtschaftsweise, in Mangel, Noth, Unbildung und Rohheit zu suchen, und die wirksame und vollständige Beseitigung des Verbrechens als sozialer Massenerscheinung werde nicht durch mehr oder minder barbarische Strafmittel ermöglicht, sondern nur durch die von der Sozialdemokratie angestrebte Umgestaltung der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Zustände erreicht.

Die Sozialdemokratische Union hält am 28. Juli im Erbprinzen zu Berlin eine Parteikonferenz ab, die über folgende Tagesordnung verhandeln wird: 1. Die bevorstehende Reichstagswahl, 2. Aufstellung des Kandidaten, 3. Agitation, 4. Abrechnung vom „Volksblatt“, 5. Tägliche Erscheinung des „Volksblatts“, 6. Stellung zum Parteitag in Breslau, 7. Agrarprogramm, 8. Geschäftliches sowie Anträge.

Die ungeheuerlichen sächsischen Kinderfest-Erlasse werden von der „Magdeburger Zeitung“ zu entschuldigen versucht, was bei dem Charakter dieses nationalliberalen Blattes für die Erlasse ohnehin bezeichnend ist. Aber selbst diese für jede Art der Arbeiterunterdrückung zur Verfügung stehende Zeitung sieht sich genöthigt zu erklären, sie wolle die Rechtsfrage nicht erörtern.

Schlesisch-posenischer Parteitag. Nach Erledigung der bereits gemeldeten Formalitäten statueten die vier Agitationskommissionen ihre Berichte ab. Agitationskommissionen bestehen nämlich: in Breslau zwei, eine deutsche und eine polnische, eine in Langenbielau, eine in Pögnitz, die sich in vier Sektionen getheilt hat, und eine in Grünberg, der zwei posenische Kreise zugeordnet sind. Die Umsätze waren zum Theil recht bedeutend; Flugblätter sind in vielen tausend Exemplaren vertheilt worden. Den Grünberger Genossen wird die Agitation in den posenischen Kreisen auf Wunsch abgenommen, da sie bisher „absolu

wirkungslos" war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung lagen zwei Anträge vor; beide, sowohl der von Gagnau als der von Langenbielau, fordern die Auflösung der bisherigen Agitationskommissionen, jener will eine Gesamt-Agitationskommission für Schlesien und Posen mit dem Sitz in Breslau. Nach einer sehr eingehenden Diskussion, an der sich insbesondere die Genossen Leib-Hagenau, Feldmann, Ober-Langenbielau, Kühn-Langenbielau, Töpfer-Posen, Merfowski-Breslau und Geiser-Breslau beteiligten, wird folgender Antrag angenommen: „Der Parteitag beschließt: die Genossen jedes Wahlkreises sind verpflichtet, Kreis-Vertrauensmänner zu ernennen, denen die Agitation in ihren Kreisen obliegt.“ Begründet wurde dieser Antrag vor allem mit der Notwendigkeit, das bisherige Agitationsystem zu vereinfachen. Ferner wurde u. a. hervorgehoben, daß die Agitation unter der Landbevölkerung auf ganz besondere Schwierigkeiten stößt. Höchstens bei dem reinen Proletariat, dem Hofarbeiter, nicht aber bei den Bauern dürfte man auf Erfolg rechnen. Erfolgreicher, zugleich aber auch noch sehr notwendig, sei die Agitation unter der städtischen und Industriebewölkerung. Die Agitation unter den Polen könne nur von Polen betrieben werden, da die Polen gegen alles, was von deutscher Seite kommt, großes Mißtrauen hegen. Außerdem beschloß der Parteitag: 1. wenn der Parteivorstand seinerseits eine Agitationsstour durch Schlesien anordnet, dann bleibt es ihm überlassen, sich die Genossen in der Provinz auszuwählen, die er mit der Organisation dieser Agitationsstour beauftragen will. 2. der Parteitag beauftragt die Vertrauenspersonen von Breslau mit der Einberufung des nächsten schlesisch-positenischen Parteitages. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Presse, liegen vier Anträge vor. Ein Antrag der Schläuer Genossen beschwört eine bestimmte Umschreibung der beiden Parteiblätter, der „Volkswacht“ in Breslau und dem „Proletariat“ aus dem Eulengebirge in Langenbielau, zuzuweisenden Bezirke. Ueber diesen Antrag wird zur Tagesordnung übergegangen. Ferner hat die Breslauer Siebener-Kommission zur Verbreitung unserer Presse einen Antrag gestellt, der sich mit der Agitation für die Parteiblätter in Stadt und Land befaßt. Drittens wünschen Genossen aus Neustadt O.-Schl. eine bestimmte Verteilung der Pressekommismissions-Mitglieder in der Provinz; endlich beantragen Michaelis-Waldenburg und Genossen die Einsetzung einer für beide Parteiblätter gemeinsamen Pressekommision. Vor der Erörterung dieser Anträge legt Schütz-Breslau den Geschäftsbericht der „Volkswacht“, Kühn-Langenbielau den des „Proletariats“ vor. Der Stand des „Proletariats“ ist verhältnismäßig günstig, der der „Volkswacht“ ziemlich ungünstig. Die übte Lage der „Volkswacht“ wird insbesondere der Tatsache zugeschrieben, daß allzu viele Verluste und Gerichtsverfahren das Geschäft schädigen. Bei der Schärfe der Breslauer Staats-anwaltschaft ist es möglich geworden, daß die „Volkswacht“ innerhalb der drei letzten Jahre mehr als 12 000 M. an Strafen und Gerichtskosten tragen mußte. In der Debatte über die Agitation für unsere Presse wird den Breslauer Genossen von verschiedenen Seiten der Vorwurf gemacht, nicht das geleistet zu haben, was man von ihnen erwarten dürfte. Insbesondere Michaelis-Waldenburg betont, daß die Provinz für die Verbreitung unseres Blattes mehr gethan habe als die Großstadt Breslau. Die Vorwürfe werden zurückgewiesen von Brühns-Breslau, der auf die Schärfe und geschickte Konterierung der Breslauer bürgerlichen Blätter, und durch Genosse Bergmann-Breslau, der auf die Tatsache hinweist, daß noch heute ein vor vielen Jahren an die Bahnarbeiter ergangenes Verbot, die „Volkswacht“ zu lesen, streng durchgeführt werde, wodurch uns mehrere tausend Abonnenten genommen würden. Von mehreren Seiten, insbesondere von Genosse Geiser-Breslau, wird betont, daß eine Verbilligung der „Volkswacht“ notwendig sei; der gegenwärtige hohe Preis sei hauptsächlich schuld an der geringen Verbreitung der „Volkswacht“. Nachdem noch Genosse Merfowski-Breslau die Agitation für die polnische „Gazeta Robotnicza“ beschwört hat, wird folgender Antrag angenommen: „Es ist nötig, eine umfassende und systematische Agitation, wie sie jetzt in Breslau begonnen wurde, überall da zu betreiben, wo in Schlesien Parteigenossen wohnen; vor allem aber ist dahin zu wirken, daß alle Parteigenossen ihrer Pflicht gemäß Abonnenten des Partei-Organes werden, und derartige Agitation unangeseht treiben.“ Gegenüber dem Antrag Neustadt O.-Schl. betreffend die Verteilung der Pressekommismissions-Mitglieder auf die einzelnen Gegenden von Schlesien und Posen, stellt Genosse Feldmann-Langenbielau den Antrag: die Wahl der Pressekommismissionen den Orten zu überlassen, an denen die Partei-Organen erscheinen. In der Debatte über diese Pressekommismissions-Anträge ging Genosse Bergmann in mehr persönlicher gegen Genossen Kühn-Langenbielau zugespielter als sachlicher Weise auf die Konkurrenzverhältnisse zwischen den beiden Parteiblättern ein. Die Genossen Feldmann und Kühn-Langenbielau wiesen jeden Vorwurf zurück. Inzwischen kommen auch von anderer Seite, so aus Liegnitz und Grünberg, Klagen über die „Volkswacht“ und die Breslauer Parteigenossen. Man meint, die mancherlei ungerichteten Streitigkeiten und persönlichen Reibereien der Breslauer Genossen untereinander seien schuld daran, daß sich die Provinz wenig um Breslau kümmere. Der Redaktion der „Volkswacht“ wird vorgeworfen, daß sie Berichte aus der Provinz entweder gar nicht, oder nur verstümmelt und entstellt aufgenommen und sich dadurch die Genossen der betreffenden Orte entfremdet habe. Brühns-Breslau entkräftet diese Vorwürfe mit dem Hinweis auf die Praxis der Breslauer Staats-anwaltschaft; aus Rücksicht auf diese muß mancher Bericht abgemildert oder ganz beiseite gelegt werden. Auch gegen den „Proletariat“ wenden sich einige Delegierte; es wird getadelt, daß als Beilage die wertvollen „Lustigen Blätter“ beigelegt werden. Kühn-Langenbielau sucht die Beilegung dieser Blätter mit finanziellen Gesichtspunkten und dem Hinweis darauf zu begründen, daß dieses Blättchen auch der Frau des Proletariats etwas biete. Der Antrag Feldmann, Pressekommismissionen am Erscheinungsorte der Blätter zu wählen, wird angenommen, der Antrag Michaelis und Gen. abgelehnt. Ein Antrag der Buzglauer Genossen, die Lotterieberichte aus den Parteiblättern zu entfernen und in ein besonderes Beiblatt zu verweisen, wird ebenfalls abgelehnt. Zum dritten Punkte der Tagesordnung, Verschiedenes, liegen drei Anträge vor. Der erste, der der Breslauer weiblichen Vertrauenspersonen, beschäftigt sich mit der Frage der Frauenagitation; ein Antrag aus Liegnitz geht dahin, den deutschen Parteitag nur alle zwei Jahre einzuberufen, und ein Antrag von Ober-Langenbielau, daß die Provinzialparteitage nur alle zwei Jahre abgehalten werden. Inbetreff der Frauenagitation wird die von Brühns vorgeschlagene Fassung angenommen: „Der Parteitag verpflichtet die Genossen und speziell die Vertrauenspersonen an den einzelnen Orten Schlesiens und Posens, auch der Aufklärung und Gewinnung der Frauen für die Verbreitung der Sozialdemokratie eifrigste Tätigkeit zu widmen. Der Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe werden insbesondere dienen: 1. Die Abhaltung öffentlicher Versammlungen mit besonders die Frauenfrage behandelnden Vorträgen, Vorlesungen, Diskussionen; 2. die Verbreitung aufklärender, möglichst dem Verständnis der Frauen angepasster Schriften und Flugblätter; 3. die Heranziehung von Frauen zur politischen Tätigkeit und die Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen; 4. die Beteiligung weiblicher Arbeiter an der gewerkschaftlichen Organisation.“ Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ueber einen Antrag der Saganer Parteigenossen, einen Delegierten als Mitglied des zur Schlichtung eines Saganer Streites berufenen Schiedsgerichtes zu wählen, wird zur Tagesordnung übergegangen. Der Antrag Liegnitz inbetreff des deutschen Parteitages wird abgelehnt, der Antrag Ober-Langenbielau dagegen angenommen. Nachdem so die eigentliche Tagesordnung erledigt war, trat der Parteitag auf eine Anregung Stolpes-Glogau hin in eine kurze aber interessante Erörterung der neuen Vorschläge zu einem Agrarprogramm ein. Solpe ist mit dem Entwurfe wenig zufrieden; er fürchtet, daß wir mit einer Annahme „einen bedeutsamen Schritt nach rechts“ machen würden. Er empfiehlt, in allen Versammlungen und Diskussionen die Agrarfrage und das Agrarprogramm zum Gegenstand der Besprechung zu machen; auch werde es notwendig sein, daß die schlesischen Delegierten vor dem deutschen Parteitage in Breslau noch einmal zusammentreten, um Stellung zum neuen Entwurf zu nehmen. Ripka-Posen, ein „alter Agrarier“, ist ebenfalls mit dem Entwurfe nicht einverstanden, die Verhältnisse des Ostens seien darin zu wenig berücksichtigt. Die Antisemiten hätten recht, uns zu verpöhlen, da ja eine ganze Anzahl speziellen Forderungen aufgenommen sei. Nizdorf-Görlitz giebt zwar zu, daß der Entwurf allerdings für Süd- und Westdeutschland besser passe, als für Ostelbien, hebt aber hervor, daß die Prinzipien der Partei durch den Entwurf nicht berührt werden. Genosse Geiser-Breslau betont ebenfalls die Notwendigkeit für die schlesischen Delegierten zum Breslauer Parteitage, sich über die neuen Vorschläge gründlich auszusprechen und klar zu werden. Gerade Schlesien, die wichtigste ostelbische Provinz, habe ein eminentes Interesse an der richtigen Behandlung der Agrarfrage. Er ist der Ansicht, daß nirgends besser als auf den Gütern der schlesischen Magnaten die Tatsache klar wird, daß der Großbetrieb auch in der Landwirtschaft den Kleinbetrieb ruinire und daß daher der im Entwurf durchblickende Bauernschutz verfehlt sei. Noch andere Redner beschäftigten sich mit dem Entwurf, ohne indes neue Gesichtspunkte beizubringen. Schließlich wird bestimmt, daß die schlesischen Delegierten bereits Sonntag, den 6. Oktober, zu einer Beratung des Entwurfs eines Agrarprogramms zusammentreten sollen. Zwei Begrüßungs-telegramme waren eingelaufen, eins von den Posener Genossen, eins von einer in Breslau lebenden Volksversammlung, wo Kuhnert aus Berlin referierte. Der Parteitag wurde mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie und dem Gesänge der Arbeiter-Marschälle um 8 Uhr abends geschlossen. Mehrere Delegierte hatten aus ihrer Heimath Unterstützung für die streikenden Porzellanarbeiter mitgebracht.

Zur Erinnerung an die Frankfurter Friedhofssärfare. Am 19. Juli 1885 starb im Bürgerhospital zu Frankfurt a. M. der Riffleur Hugo Miller, ein braver und eifriger Parteigenosse, der sich auch in anderen Kreisen allgemeiner Achtung erfreute. Obgleich die Beerdigung an einem Wochentage stattfand, hatten sich dennoch über tausend Leidtragende eingefunden, die dem Zuge folgten, der größte Teil davon aber nur bis in die Anlage. Etwa 400 Genossen gingen mit auf den Friedhof, begleitet von etwa 20 Polizisten. Es wurde eine größere Anzahl Kränze, sämtlich mit roten Schleifen, gewidmet von Frankfurter und auswärtigen Genossen, im Zuge getragen, wogegen die begleitenden Schulkleute ebenso wenig etwas einwendeten, als gegen die roten Blumen, die die meisten Genossen im Knopfloche trugen. Am Portale des Friedhofes aber griff die Polizei förmlich ein. Es waren die beiden Gitterthüren am Portale rechts und links von den Säulen verschlossen und auch das mittlere war nur soweit geöffnet, daß immer nur zwei Personen gleichzeitig eintreten konnten. Hier stand der Polizeikommissar Heinrich Meyer, der die Befestigung der roten Schleifen von den Kränzen verlangte, welchem Befehl auch Folge geleistet wurde; man steckte die Schleifen in die Taschen. Auch die roten Blumen wurden verschiedenen Genossen von den Schulkleuten aus den Knopflochern gezogen. Auf dem Friedhofe waren unter dem Kommando Meyers noch 88 Schulkleute postiert, außerhalb des Friedhofes mehrere hundert Schritte entfernt, hielten fünf berittene Schulkleute. Kommissar Meyer erklärte dem Bruder des Verstorbenen sowie dem Vertrauensmann der Partei, Oscar Füllgrabe, daß keine Reden gehalten werden dürften; Füllgrabe erwiderte, es sei doch wohl eine einfache Widmung gestattet, worauf Meyer nichts bemerzte. Nachdem der Verein „Amicitia“ einen Chor gesungen, begann Füllgrabe mit den Worten: „Geheite Genossen!“ worauf sofort der Kommissar ihn mit der Bemerkung unterbrach, es dürfe keine Rede gehalten werden, sonst müsse er die Versammlung auflösen. Füllgrabe legte dann den Kranz im Namen der Sozialdemokratie Deutschlands nieder. Nun folgten eine Reihe Vertreter verschiedener Orte aus der Umgegend, darunter auch von Offenbach, Hanau, Darmstadt, Höchst u. s. w., alle sprachen einfach die Widmung im Namen der Genossen der betreffenden Orte. Nur der Vertreter von Mainz, Joseph Leyendecker, beugte sich nicht mit der Widmung. Als er den Kranz niedergelegt hatte, zog er eine Schleife aus der Tasche und sprach mit lauter Stimme: „Diese rote Schleife aber gebe ich Dir in die Grube zu Ehren Deines Wirtens für die Sache der Freiheit!“ Nun entwickelte sich eine laute und beschreibende Szene! Noch ehe Leyendecker die angeführten Worte vollständig beendet hatte, rief der Kommissar: „Auf Grund § 9 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie erkläre ich die Versammlung für aufgelöst! Eins; zwei; drei!“ Auf das letzte Wort hin hatten sämtliche Schulkleute die Säbel gezogen und verschiedene von ihnen hieben sofort mit der flachen Klinge auf die entsetzt auseinanderstrebende Menge ein. Einige Personen stürzten beim Hitzeln über die Gräber und wurden getötet. Der Schneider Berthold wollte ein ungeranntes Kind aufheben, wurde aber dabei selbst umgehauen und fiel in das offene Grab; als er sich herausarbeitete, wurde er mit Säbelhieben über den Rücken empfangen. Als die ersten Leute am nahen Portale anlangen, war dasselbe verschlossen und sie wurden durch einige wüthend den Säbel schwingende Schulkleute wieder zurückgetrieben; einige flüchteten mit Hilfe einer Gartenleiter über die Mauer. Nachdem das Thor endlich geöffnet war, wurden die Leute draußen von den berittenen Polizisten mit Säbelhieben empfangen. Auf dem ganzen Friedhofe liefen die wüthenden „Ordnungshelden“ herum und schlugen auch Leute, die bei dem Zeichen begünstigt gar nicht beheimlicht waren; so einen Maurer, der ein Grabdenkmal abzeichnete. Die Verletzungen waren zwar alle nicht sehr gefährlich; aber verschiedene Leute waren einige Tage arbeitsunfähig und einer litt seitdem dauernd an Krampfanfällen, jedenfalls durch eine Nervenschüttung infolge des Schreckes. Niemand hatte sich widersteht! Der Ueberlebende kam so plötzlich, daß glücklicherweise niemand im Augenblick daran dachte. Auf dem Friedhofe aber waren auch zwei Schulkleute mit Revolvern postiert. Jedermann hatte die Ueberzeugung, daß die Sache beabsichtigt war, um eine Gelegenheit zur Verhängung des „kleinen Belagerungszustandes“ herbeizuführen, der seit der Wahl eines Sozialdemokraten über Frankfurt schwebte, und der ein Jahr später, nämlich des sog. Geheimbündprozesses, auch verhängt wurde. Der Kommissar entschuldigte sein Verhalten später vor Gericht damit, daß ihm seitens des Präsidiums thatsächlich Vorhalte darüber gemacht worden waren, weil er bei der Beerdigung des Genossen Döll, anderthalb Jahre zuvor, nicht energisch genug gewesen sei! Infolge dessen habe er seine Mannschaft instruiert, „eventuell“ von der Waffe Gebrauch zu machen. Zwei seiner Leute aber bezeugten, daß die Anweisung lautete, sofort mit flacher Klinge draufzuschlagen, und daß auch sofort „gehosst“ wurde. Außer dem Kommissar waren noch drei Schulkleute, die sich besonders auszeichneten, sowie natürlich Leyendecker, weil er angeblich während der Auflösung fortredete, angeklagt. Meyer erhielt drei Monate, die Schulkleute je zwei Monate, einen Monat und 14 Tage, Leyendecker einen Monat Gefängnis. Die Polizeibeamten wurden aber sämtlich begnadigt!

„Zehn Jahre sind seitdem vergangen“, schreibt die „Volkswacht“, der diese Schilderung entnommen ist. „Das Sozialistengesetz ist sanft entschlafen und ein Umsturzgesetz wurde in der Geburt erstickt. Wenn uns wirklich daran gelegen wäre, jeden passenden Anlaß zu einer Demonstration zu benutzen, so hätte die Erinnerung an die Friedhofssärfare eine solche Gelegenheit geboten! Aber wir wollten nicht abermals die Ruhe und Würde des Friedhofes einer Gefahr aussetzen!“

Warnung! Ein Schwindler, der sich als Parteigenosse ausgibt, hat hier in Berlin sein Unwesen getrieben und macht jetzt wahrscheinlich andere Leute unsicher. Der Betrüger, der der Bergmann Frh August Heindorf aus Jellerfeld ist, nennt sich Frh Heberle, reist als Schlichter und giebt sich als Einkäufer der Jellerfelder Einkaufs-Genossenschaft aus. Er wird bereits von Hildesheim aus wegen Betrügereien steifbriefflich verfolgt.

Polizeiliches.

Der Wahlverein in Burgstädt ist vom Stadtrat aufgelöst worden, weil er gegen § 24 des sächsischen „Zuwels“ verstoßen haben soll. Dieser Paragraph verbietet Vereinen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, Zweigvereine zu errichten oder mit einander in Verbindung zu treten, wenn ihnen das nicht ausdrücklich bewilligt worden ist und sie nicht das Recht der Körperschaft erlangt haben.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Maurer! Wie uns von Hensburg aus berichtet wird, beabsichtigt der Maurermeister Handholz aus Hensburg, in Gemeinschaft mit einem guten Freund aus Hamburg in Berlin Maurer anzuwerben. Wie unseren Berufsge nossen bekannt ist, befinden sich die Maurer in Hensburg seit längerer Zeit im Ausstand. Wir richten deshalb die dringende Bitte an alle Maurer, keine Arbeit nach Hensburg anzunehmen. Jeder Zugzwang unserer Berufsge nossen den Kampf um ihre berechtigste Forderung; möge mithin ein jeder dafür Sorge tragen, daß die Unternehmer ohne Erfolg aus Berlin wieder abgehen.

J. A. F. Grothmann.

Achtung Metallarbeiter! Wir warnen hierdurch eindringlich vor Zuzug nach Aarhus und Kopenhagen in Dänemark. In ersterer Stadt befinden sich 210 Schmiede und Maschinenarbeiter im Ausstand, während in Kopenhagen eine deutsche Firma, die eine größere Arbeit für die dortigen Gasanstalten übernommen hat, mit den dänischen Arbeitern über den Tagelohn nicht einig wird und deshalb deutsche Arbeiter (wie der betreffende Unternehmer sich ausdrückt, speziell solche aus Berlin) gegen die dänischen Kollegen als Lohnbrüder aufzuspielen beabsichtigt. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart.

Die Arbeiterpresse wird um gest. Abdruck dieser Notiz gebeten.

Der Fachverein der Lederarbeiter (Vortrefflicher) in Berlin giebt seinen Berufsge nossen bekannt, daß die monatlichen Beiträge von 60 Pf. auf 80 Pf. herabgesetzt sind. Die Mitglieder, welche ver hindert sind, regelmäßig die Versammlungen zu besuchen, haben jetzt Gelegenheit, bei den Hilfskassen ihre Beiträge zu entrichten. Das Vereinslokal befindet sich Albalenstr. 21 bei Moll.

Die Differenzen in der Kistenfabrik von Max Belgard, Berlin, Alte Jakobstr. 64a, sind beigelegt. Die Kommission der Kistenmacher.

Achtung! Parquetbodenleger! Nachstehend geben wir die Banten bekannt, welche wegen des Streiks bei der Firma Hofenfeld u. Cie., Königl. Hoflieferanten, für sämtliche Bodenleger gesperrt sind: Schöneberger Ufer 82, Hermannstr. 2-3, Altonaerstr. 19, Oranienstr. 40-41, Magazinstr. 8 und Bau Kaiser-Allee Wilmersdorf. Wir bitten gleichzeitig sämtliche Bauhandwerker, welche auf vorgenannten Banten arbeiten, um Unterstützung in unseren Bestrebungen. Die Werkstatt-Kontrollkommission des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Die zehnstündige Arbeitszeit ist in Dessau von den Tischlern unter Zustimmung der Innungsmeister eingeführt worden.

Die Baunnternehmer in Halle a. S. und zwar die Innungsmeister, haben beschlossen, das Einigungsamt nicht anzuerkennen; sie hoffen, daß die Ausständigen die Arbeit ohnedies wieder aufnehmen werden. Um das zu erreichen, stellte es die Versammlung der Innungsmeister den einzelnen Unternehmern anheim, den Lohn ihrer Arbeiter freiwillig aufzubessern. Infolge dieser arbeitserfreundlichen Handlungsweise der Unternehmer ist vorläufig an ein Ende des Streiks nicht zu denken. Die Situation des Ausstands ist folgende: 250 Maurer haben den verlangten Stundenlohn von 40 Pf. bewilligt bekommen. 200 sind abgereist, 146 stehen im Streik. Von den Arbeitkleuten arbeiten 114 zu den neuen Bedingungen, 115 streiken, 50 haben den Streik gebrochen. Im ganzen sind 260 Arbeiter mit gegen 300 Kindern zu unterstützen. Am Sonntag beschloß eine Versammlung der ausländischen Maurer, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis der verlangte Stundenlohn bewilligt ist, und eine Versammlung der streikenden Arbeiterleute faßte den gleichen Beschluß. Zum Siege ist außer dem strengen Vermeiden des Zugangs auch schnelle finanzielle Hilfe von auswärts nötig. Sendungen sind zu richten an Max Loffe in Halle a. S., Part 61, Moritzburg.

Der Hensburger Magistrat hat für die Dauer des Maurerstreiks die Ansammlung von Menschenmassen vor dem Staatsbahnhofe und auf den angrenzenden Straßen bei Strafe verboten. Habe anderwärts auf öffentlichen Straßen oder Plätzen eine Menschenmenge sich angesammelt, so müsse sie sich auf die erste Aufforderung eines zuständigen Beamten entfernen. Selbstverständlich ist diese Verordnung nicht etwa erlassen worden, um es den Streikenden zu erschweren, ankommende Streikbrecher über die Pflicht der Solidarität aufzuklären. So etwas ist bei einer deutschen Polizeibehörde ausgeschlossen.

In Bünde in Westfalen legten in der Zigarrenfabrik von Althage u. Herbrechtmeister circa 20 beim Formatsagen und beim Hobeln beschäftigte Arbeiter die Arbeit wegen Lohn-differenzen nieder.

Wegen unerträglicher Lohnabhänge haben in Dresden die Polier der Möbelfabrik von Greifenhagen Nachsl. (Grübel u. Pfeifer) die Arbeit eingestellt.

Die Glaser Offenbachs a. M. befinden sich mit den Meistern in Differenzen über den Lohn, weshalb um Vermeidung des Zugangs ersucht wird.

In Mannheim streiken die Stuhlmacher der Fes-sen-becker'schen Werkstatt wegen Herabsetzung des Akkordlohnes.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Alin, 23. Juli. Aus Bochum meldet die „Alnische Zeitung“: Auf der Zeche „Dannendamm“, Schacht 1, fand eine Explosion statt, bei welcher ein Arbeiter getödtet und zwei Arbeiter schwer verletzt wurden.

Düsseldorf, 23. Juli. Der Verleger unseres Düsseldorf Parteiblattes, der „Niederrheinischen Volkstribüne“, Genosse Albert, soll sich heute Vormittag erschossen haben. Nähere Nachrichten liegen uns noch nicht vor.

Brüg, 23. Juli. (B. N.) Die von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission beabsichtigt einen Versuchsschacht anzulegen, um feststellen zu können, ob nicht ein Versinken der Betriebleitung der Brüger Bergbaugesellschaft in der Richtung vorliegt, daß der Abbau weiter vorgerückt wurde, als im Interesse der Sicherheit der Stadt zulässig gewesen wäre.

Paris, 23. Juli. (B. N.) Aus Tanger wird gemeldet, daß der dortige Vertreter des Sultans in auswärtigen Angelegenheiten Mohamed Torres die spanischen Marine-Offiziere auf dem Dampfer des Sultans „Jassam“ verabschiedete, wogegen der spanische Gesandte energischen Protest erhob.

Padua, 23. Juli. (B. N.) Ein heftiger Orkan hat am vorigen Sonntag die Ortschaft Vidafraanca heimgesucht und große Zerstörungen angerichtet. Einige Dächer wurden herabgerissen, wobei mehrere Personen getödtet und zahlreiche verwundet wurden.

Die Feuerwehr hat, wie das „Int.-Blatt“ meldet, jetzt sämtliche Kompagnien mit Alkoholumpapparat ausgerüstet und die für die Luftzuführung gebrauchlichen Gummischläuche sind bis zu 45 Meter verlängert worden. Zur Beleuchtung größerer Brandstellen und bei Aufräumungsarbeiten hat die Wehr versuchsweise, neben den bisher benutzten Fackeln, elektrischen Laternen u. eine neue tüchtigere Art von Fackeln und einen Petroleum-Apparat, der eine größere Anzahl Fackeln ersetzen soll.

Der furchtbare Sturm vom letzten Freitag hat, wie nachträglich bekannt wird, noch ein weiteres Opfer auf dem Wasser gefordert. Der 38jährige Arbeiter Wilhelm Kalbe aus der Kaiser Friedrichstr. 17 zu Schöneberg, hatte sich nachmittags mit zwei Begleitern ein Segelboot gemietet und kreuzte damit in der Nähe von Pichelswerder. Sei es nun, daß die Leute im Segeln nicht erfahren genug waren, sei es, daß der Sturm sie unerwartet aus einer anderen Richtung erfaßte, das Segelboot schlug plötzlich um, und alle drei Insassen fielen ins Wasser. Während die beiden Begleiter Kalbe's gerettet wurden, war er selbst bereits untergesunken und konnte später nur als Leiche aus dem Wasser gezogen werden.

Ein schauderhafter Mordfall hat sich gestern Vormittag um die 11. Stunde des Passanten der Lühovstraße dicht bei der Potsdamerstraße. In dem Hause Nr. 92 wohnt seit sechs Wochen ein Beamter des auswärtigen Amtes, namens Wefenberg, der, wie er seiner Wirtin mitgeteilt hat, von Afrika hierher gekommen ist und demnächst zur deutschen Botschaft in Konstantinopel versetzt werden sollte. Herr W., ein unverheirateter Mann von 39 Jahren, war gestern früh, als die Wirtin ihn sah, noch wohl auf und schien sogar besser gestimmt zu sein. Gegen 11 Uhr hörten die Bewohner des Hauses von der Straße her plötzlich laute Hilferufe. Diese kamen von vorübergehenden her, die einen Mann in einem offenen Fenster des zweiten Stockes in einer schauderhaften Lage bemerkten; der Mann triefte von Blut. Es war W., der sich die Handgelenke durchschnitten hatte, um sich die Pulsadern zu öffnen und sich außerdem eine Schnittwunde am Halse beigebracht hatte. W. wollte sich offenbar auf dem Straßenpflaster hinwerfen, da sich aber vor seiner Wohnung auf dem breiten Bürgersteige das Zeltdach einer Konditorei befand, so suchte er mit dem Rücken an die Wand gelehnt, sich auf dem Fensterrahmen festzusetzen, um zu bewegen, um einen Erker zu gewinnen, unter dem das Vorgartengitter aufsteht. Während aber die Vorübergehenden noch um Hilfe riefen, verließen ihn die Kräfte und er stürzte kopfüber in den Vorgarten hinab. Dabei schlug er mit den Beinen so schwer auf die Spitzen des eisernen Gitters auf, daß das den Treppenaufgang seitlich einschloß, daß ihm ein Bein vollständig zertrümmert wurde. Gehten Gleichen blieben an den Füßen des Gitters hängen, als man den Unglücklichen aus seiner Lage befreite und ihn in hoffnungslos am Boden liegend, mit Blut über und über besudelt, nach dem Elisabeth-Krankenhaus brachte. Was W. zu dem Selbstmordversuche veranlaßt hat, ist ganz unbekannt. — Hiernach ist also das in der Stadt verbreitete Gerücht zu berichtigen, daß ein Sekretär der türkischen Botschaft in der Lühovstraße Selbstmord verübt habe.

Vom Brand des Viktoriaspeichers. Auf 500 000 Mark wird, nachdem die fast beendigten Aufräumarbeiten auf dem Viktoriaspeicher einen Ueberblick gestatten, der Gesamtbrandschaden geschätzt. — Die Ueberreste der in dem eingeschalteten Speicher befindlichen gewesenen Pumpen werden nach Königs-Wusterhausen gebracht, woselbst bis jetzt acht Kahladungen eingetroffen sind. Die mit Wasser getränkten in Säulen befindlichen Stoffreste verbreiten einen pestartigen Geruch, unter welchem die Anwohner der Badestelle schwer zu leiden haben, dieselben haben sich beschwerdeführend dieserhalb an das Landrathsamt gewendet.

Einem Akt der Selbsthilfe führten am Sonntag mehrere Bauhandwerker in Nixdorf aus. Da sie von einem Bau-Unternehmer, welcher in der Berlinerstraße einen mächtigen Neubau aufgeführt hat, kein Geld bekommen konnten, führten sie am Sonntag früh mit zwei Möbelwagen vor dem Neubau vor und holten sich sämtliche Türen, Fenster etc., die noch nicht im Bau besetzt waren, wieder ab, was von dem Augenzeugen mit lautem Beifall begleitet wurde. Das Ende vom Lied dürfte freilich eine Anklage sein, da die Bauhandwerker und Arbeiter der Ausbeutung von Bauhandwerkern ja bisher schloß preisgegeben sind.

Vom Zersinn wurde am Montag Nachmittag plötzlich der Gerichtsvollzieher Kerkow aus der Thurmstr. 7 befallen. Seine Frau mußte den Unglücklichen in eine Heilanstalt bringen.

Wäre Erfahrungen mußte der Tischlermeister L. aus Berlin in Nixdorf machen. Am Sonnabend hatte L. einen dort wohnhaften Kunden besucht, um eine Rechnung zu kassieren, er erhielt jedoch kein Geld und war darüber dermaßen aufgebracht, daß er sich einen anständigen Garbenstiel kaufte. Beim Heimweg will er nun in der Hofenstraße von mehreren Personen angefallen und mißhandelt worden sein, weshalb er sich nach dem Nixdorfer Amt begab, um dort sein Leid zu klagen. Nachts gegen 1 Uhr kam L. vor dem Amtshaus an und machte dort großen Lärm, bis ein Wächter erschien. Nachdem dieser den Bericht des L. gehört, machte er den angeblich Ueberfallenen darauf aufmerksam, daß die Hofenstraße zu Berlin gehöre und die Anzeige auf der Revierpolizei erstattet werden müsse. Nummer L. kannte L. jedoch noch mehr, belegte die Nixdorfer Polizei mit allerhand wenig schmeichelhaften Ausdrücken und erreichte damit schließlich, daß er in Haft genommen wurde. In der Zelle verfiel L. in Lebensgefahr, so daß ihm die Zwangsjacke angelegt wurde, worauf er sich endlich beruhigte. Selbst am nächsten Morgen hatte der bedröhten Tischlermeister seinen Mißtrauen nicht ausgesprochen, wurde jedoch entlassen, da seine geistigsten Angehörigen gekommen waren, um ihn abzuholen. Der Schlafhakt des nächtlichen Abenteuerers wird sich freilich vor dem Nixdorfer Schöffengericht abspielen.

Ueber einen neuen Bootsunfall auf der Oberspree, welchem am Sonntag drei Menschenleben zum Opfer gefallen sind, wird folgender Bericht bekannt: In der Nacht vom Sonntag zu Montag gegen 12 Uhr waren einige Herren mit einem Doppel-Triple auf der Rückfahrt nach Berlin begriffen, als sie zwischen „Tabbert's Waldschlösschen“ und „Gierhändchen“ von einem Schiff, welches von zwei Herren und einer Dame besetzt war, angerufen wurden, ob sie einen englischen Schraubenbootschiff mit sich führten, mit dem eine Rolle festgeschraubt werden könne. Die Herren verneinten dies und übergaben den Insassen des Bootes zur Ausbesserung etwas Bindfaden. Kaum waren sie zwanzig Bootslängen entfernt, als sie Hilferufe hörten. Es war stürmisch, ein regloses Gewitter stand über der Stelle, wo sich die Boote befanden, und nur einzelne grelle Blitze beleuchteten die Gegend. Das Wasser war ruhig. Die Herren eilten so schnell es anging, zu Hilfe und fanden das Boot, welches den Namen „Argos“ führte, ohne Insassen auf. Wohl zehn bis zwölftal wiederholten sich die Hilferufe, dann wurde es still. Das Boot war voll Wasser. Nachdem man vergeblich alles abgesehen hatte, nahm man das Boot ins Schleppboot nach Stralauer-Nummelsburg, wo es dem Bootsbauer Jahn zur Aufbewahrung übergeben wurde. Im Boot fand man zwei Photographen; das eine stellt eine Ansicht von der Kaiser-Niegatta in Grünau dar, das andere ist die Aufnahme einer Seglergesellschaft, aufgenommen vom Photographen A. Grundman, Basenwallstraße 2. Ferner enthielt das Boot noch eine weiße Hofe mit schwarzen Galons und ein Kissen auf dem Steniersitz mit dem Monogramm E. M. Das Boot „Argos“ war bis auf das fehlende Scull vollständig unversehrt.

Im Verfolgungswahn hat der 30jährige Milchhändler Ernst Thiel, der in der Erdgasch der Hauses Danzigerstr. 88 wohnte, Hand an sich gelegt. Nachdem er, wie aus zurückgelassenen Notizen hervorgeht, vorher Schwefelsäure getrunken hatte, hat er sich in der Nacht zum Montag in der Küche seiner Wohnung neben der Wasserleitung mit einem Strick erhängt. Man fand ihn morgens auf. Ein Arzt, der zur Wiederbelebung herbeigerufen wurde, konnte nur noch den Tod feststellen.

Einem schrecklichen Selbstmord verübte am Montag Mittag kurz nach 1 Uhr die in dem Hause Pallasdenstr. 68 wohnende Frau des Tischlers Pöhl. Die erst 23jährige Frau

befand sich in der Küche ihrer in der vierten Etage belegenen Wohnung und plauderte mit ihrer beiführenden sich dort aufhaltenden Mutter, während ihre drei Kinder im Alter von sechs Monaten bis drei Jahren am Erdboden spielten. Plötzlich eilte Frau P. an das offene stehende Küchenfenster und sprang, ehe sie daran gehindert werden konnte, nach dem Hofe hinab, wo die Unglückliche mit geschmetterten Gliedern todt liegen blieb. — Allem Anschein nach hat sie die That in einem Anfall von Zerrinn begangen.

Ein Opfer der Vigotterie. Aus Spandau berichtet der „Kgl. f. d. B.“: Die Leiche eines jungen Mädchens wurde dieser Tage aus dem Schiffahrts-Kanal gezogen. Die Selbstmörderin hatte der Familie eines Landpredigers angehört und war, nach einem begangenen Fehltritt, von ihrem Vater verstoßen worden. Sie wandte sich nach Berlin, fand aber hier keine rechte Existenz und sank von Stufe zu Stufe. Ihr Geschick ist ein um so tragischeres, als sie vor kurzem, das entsetzliche ihrer Lage erkennend, ihren unmoralischen Lebenswandel aufgab und sich redlich als Schneiderin zu ernähren suchte. Sie arbeitete für ein großes Damenmantel-Geschäft, wo sie beim Abheften der Baaren ein dort angestellter junger Mann kennen lernte, der sich lebhaft für sie interessierte und sie zu seiner Gattin zu machen gedachte. Doch ehe es so weit kam, hörte er zufällig von ihrer schimmigen Vergangenheit; er brach sofort jede Verbindung mit dem Mädchen ab. Dieses aber verlor allen Lebensmuth und alle Hoffnung, und sie machte ihrem Dasein ein gewaltiges Ende.

Gesperret ist für Fuhrwerk und Reiter die westliche Seite des Kreuzdammes, der Gubener- und Warschauerstraße.

Polizei-Bericht. Am 21. d. M. nachmittags versuchte ein Mädchen sich in der Kählerstraße in der Wohnung eines Mannes zu erschlagen. Es wurde in ein Krankenhaus gebracht. — Am 22. d. M. früh wurde ein Fischer in seiner Wohnung, in der Bernauerstraße, erhängt vorgefunden. — Vormittags fiel auf dem Grundstück Kottbuser Ufer 33 der Elevator einer Kohlen- und Brechmaschine einem Rutscher auf den Leib und tötete ihn durch schwere Verletzungen zu. Eine Arbeiterfrau stürzte sich aus ihrer in der Pallasdenstraße im vierten Stock belegenen Wohnung auf den Hof hinaus und fand auf der Stelle den Tod. — Nachmittags sprang ein Dienstmädchen vom Lustgarten aus in die Spree. Ein Schloffer sprang ihm sofort nach und hielt es so lange über Wasser, bis Beide durch Schiffer in einen Kahn aufgenommen wurden. — In der Teltowerstraße fiel ein Rutscher, als er auf seinen mit Ziegeln beladenen Wagen aufsteigen wollte, vor die Räder und wurde, da die Pferde in demselben Augenblick ansetzten, durch Ueberfahren an beiden Unterarmen schwer verletzt. — Im Laufe des Tages fanden drei unbedeutende Feuer statt.

Witterungsübersicht vom 23. Juli 1895.

Stationen.	Barometer stand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (99 F. = 40 C.)
Swinemünde	758	SW	2	halb bedeckt	18
Bamberg	758	SW	3	halb bedeckt	15
Berlin	759	W	2	heiter	17
Bielefeld	761	W	2	halb bedeckt	15
München	764	SW	4	halb bedeckt	16
Wien	761	W	3	halb bedeckt	17
Saparanda	746	SW	6	Negen	14
Petersburg	757	W	1	wolkenlos	18
Kort	761	W	1	heiter	14
Aberdeen	756	W	1	wolkig	13
Paris	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Mittwoch, 24. Juli 1895.

Zeitweise heiteres, vielfach wolfiges Wetter mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitung.

Der Hauseigentümer Bildhauer Albert Jungermann, Hagelsbergerstr. 7, dessen empfindliches Verhalten einem Miether gegenüber in unserer gerichtlichen Zeitungszeitung geschildert wurde, hat das Verlangen, den betr. Bericht, dessen Richtigkeit wir natürlich noch wie vor nicht im geringsten bezweifeln, durch eine preisgelegliche Berichtigung zu korrigieren. Der wundermilde Hauswirth schreibt uns:

In der heutigen Nummer des „Vorwärts“ befindet sich ein Bericht über eine Gerichtsverhandlung gegen den Kaufmann Michael Barschack, in der ich als Zeuge auftrat. Nach § 11 des Preßgesetzes erzeuge ich um folgende Verichtigung der Beweisnahme: Durch meine Zeugenaussage wurde festgestellt, daß der re. Barschack nie pünktlich die Miete zahlte, so daß ich in die Lage kam, im Januar dieses Jahres wegen fast halbjährlichen Mietherückstandes die Zwangsversteigerung einzureichen. Nach Zustellung der Klage zahlte Barschack und ich ließ mich bewegen, die Klage zurückzunehmen. Beim Anzuge des Barschack schloß schon seit Wochen in einem Fensterschloß eine große Scheibe, ich ließ ihn anfordern, diese zu entfernen. Er versprach, den Fensterschloß zum Glaser zu schicken, ich fand denselben jedoch später in einer Ecke des Hofes ohne Scheibe stehen. Auf nachmalige Aufforderung wurde der Glaser zum Glaser geschickt. Da ich berechtigt war, den Fensterschloß vor dem Abzug des re. Barschack zu verlangen, so reichte ich, fast alle Sachen waren bereits auf die Straße gestellt, einige noch unter dem Thorweg befindliche, fast werthlose Gegenstände, die mir jedoch von Barschack und seinem Fuhrmann, Grintraumbändler Pitt, der mit gemietetem Möbelwagen und seinen Helfern umliegende befördert, entziffen wurden. Völlig unrichtig ist es, daß Barschack 250 M. für die Scheibe angeboten hat. Es ist durch meine Zeugenaussage festgestellt, daß die Wohnung beim Einzuge des Barschack mit einem Kostenaufwand von ca. 700 M. in Stand gesetzt war, bei seinem Auszuge sich jedoch in einem Zustand befand, daß für Instandsetzung der Küche und des Korridors allein 150 M. verausgabt werden mußten, wovon 71 M. von Barschack eingeklagt wurden, zu deren Zahlung er auch verpflichtet worden ist. Um in den Besitz des Fensterschloßes zu kommen, hatte ich einige werthlose Sachen retinirt und wegen dessen gewaltsamer Entfernung Strafandrohung gestellt. Es ist klar, daß diese Verichtigung dem Liebesswärtigen Hauswirth auch keinen Cent nützen wird.

Von einem patriotischen Gemeindevorsteher glebt ein Bericht, den der „Volksfreund“ in Hannover aus Dissen (Provinz Hannover) erhält, anlässlich Kunde. Die Leser des „Volksfreund“, so schreibt unser Bruderorgan, werden sich noch der Auftritte erinnern, die sich zwischen dem in weiten Kreisen bekannt gewordenen Gemeindevorsteher Westendarp in Dissen, und mehreren Personen, die gegen die amtliche Wahlhandhabung des Herrn Westendarp in seiner Eigenschaft als Wahlvorsteher bei der letzten Reichstagswahl Protest erhoben wollten, abgespielt haben. Eine derjenigen Personen, mit denen Herr Westendarp dieserhalb in Konflikt gerathen war, ist der Maler Reimersmann, der bei verschiedenen Personen, von denen er wußte oder annehmen konnte, daß sie nicht national-liberal gewählt hätten, Nachfragen gehalten hatte, um festzustellen, wieviel Personen Herrn v. Scheele, auf den nach dem Wahlergebnisse bekanntlich nur zwei Stimmen in diesem Orte gefallen sein sollten, gewählt hätten. Auf offener Straße hat dann Herr Westendarp eines Tages im Januar d. J. den Maler Reimersmann seine Legitimation aberkannt und dabei Ausdrücke wie „Spühbube, Gallunke, Bagabund“ etc. gebraucht.

Dieserhalb hatte Reimersmann Klage erhoben und fand nun vor einigen Tagen vor dem Schöffengericht in Jburg die diesbezügliche Verhandlung statt. 12 Zeugen wurden vernommen, von denen besonders die Aussagen der Frau des Dachdeckers Schulte, vor dessen Hause der Aufritt stattfand, und die des Gendarmen Goudestroy für den angeklagten Gemeindevorsteher befallend waren. Frau Schulte sagte aus, daß Westendarp bestimmt obige Ausdrücke gebraucht und man auch gar nicht habe annehmen können, daß mit den bezeichneten Schimpfnamen ein anderer als Herr Reimersmann gemeint sein können. Der Gendarm besuchte, Westendarp habe zu ihm gesagt: „Borgen Sie mir doch mal Ihre Schließkette, es ist ein Mann dort, der sammelt Unterschriften von Haus zu Haus in der Wahlangelegenheit“. Er, Gendarm Goudestroy, habe die Kette dann hingegeben, da er von einer Tour hinter einem Einbrecher her sehr müde gewesen sei. Der diesbezügliche Prozeß wegen Freiheitsberaubung wird in einem anderen Verfahren zum Austrage gelangen. Interessant ist auch die Aussage des Kanzleibekleibten Schw., welcher befandete: Vor der Wahl 1890 oder 1893 sei Westendarp in dienstlicher Angelegenheit auf das Bureau des Landrathamtes Jburg gekommen. Während der Kreisfiskalisten Alken zusammen suchte, sprach Westendarp über Wahlangelegenheit und sagte, daß die Vertreter der Gegenpartei recht rührig in Dissen gewesen seien für ihre Kandidaten, aber er habe auch sein möglichstes gethan, sei bei den Bauern herumgegangen und habe ihnen gesagt, sie sollten den Agitatoren gehörig heimleuchten und solche krumm oder lahm schlagen. Weiterhin habe W. geäußert, er habe bei einem Bauern gesagt, er solle seine Familienangehörigen anhalten, mit dem dicksten Ende draufzuschlagen. Währenddessen habe sich der Kreisfiskalisten an den Tisch gesetzt und Westendarp weiter geäußert, es thäte ihm leid, daß er keine Agitatoren getroffen, er würde dahinter hergewesen und diese gefesselt haben, daß ihnen die Luft zum Agitieren vergangen sei. Durch diese Worte sei der Kreisfiskalisten erst aufmerksam geworden und habe Westendarp deswegen eine Mäße ertheilt und ihm gesagt, er habe kein Recht, seine amtliche Stellung für Parteilichen ins Gewicht zu legen. Dann habe Westendarp noch hinzugefügt: wenn ich die Leute für den und den halte, der da jetzt stöbereißig verfolgt wird, was will man mir dann machen? Letzteres habe Westendarp durch eine entsprechende Handbewegung angedeutet. Als weiteren Zeugen, der dies Gespräch gehört, gab Schw. den ebenfalls dort beschäftigt gewesen Altkar D. an. Auf die Frage des Präsidenten, was Angeklagter W. hierzu sage, antwortete dieser: „Nach meiner Ueberzeugung ist alles Blech und unwahr, was der Herr gesagt hat.“ Zeuge Schw. wird auf seine Aussage beidigt. Das Urtheil lautete auf nur 30 Mark Geldstrafe! Die Wahlfälschungs-Affäre selbst wird am 25. d. M. vor dem Osnabrücker Landgericht zur Verhandlung kommen, der dann noch die Anklage wegen Freiheitsberaubung folgen wird.

Versammlungen.

Eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung sämtlicher Verwaltungsstellen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes tagte am 16. Juli d. J. im Lokale von Gröndel, Brunnenstraße 188. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zu den Beschlüssen der Generalversammlung des Verbandes“, lag ein Antrag der gemeinschaftlichen Vertrauensmänner-Sitzung vom 11. Juli d. J. vor, dahinlautend: „Die Verwaltungsstellen des Verbandes und der Umgebungen bedauern den von der letzten Generalversammlung erfolgten Beschluß der Beitrags-erhöhung und beauftragen den Hauptvorstand, darüber Erhebungen anzustellen, wie groß die Zahl der Mitglieder ist, die in der Zeit von 1/2 Jahren nach der Generalversammlung ausgeschieden sind. Kollege Hofmann leitete hierüber die Diskussion ein. Die sonstigen Beschlüsse kurz replizierend, bezeichnete derselbe die Beitrags-erhöhung unter den gegebenen Verhältnissen als einen verfehlten Beschluß. Redner ist der Meinung, daß das Unterstützungsweesen mehr und mehr abzusinken sei. Einen Fortschritt nach der Seite habe auch die letzte Generalversammlung gezeigt. Dafür spreche der Umstand, daß vor zwei Jahren in Altenburg ein Delegirter und nunmehr in Magdeburg 16 gegen das Unterstützungsweesen auftraten. Dergleichen plädiren die Mitglieder Gerzerowski und Lange, soweit dieselben nicht gegen den Beschluß bezüglich der Generalkommission moniren, für den Antrag. Die Mitglieder Rapp, Kurgas, Eissack, Bentler und König sind der Meinung, daß nunmehr erst gegen die Beschlüsse der Generalversammlung Stellung zu nehmen verspätet sei, man schaffe dadurch nur böses Blut, besser sei, einer nächsten Generalversammlung vorzuarbeiten. Einzelne Redner wie König und Eissack, halten die Beiträge noch als zu niedrig, das Unterstützungsweesen als notwendig, um die jüngeren Kollegen der Provinz zur Organisation heranzuziehen.

Nachdem von den Begründern des Antrages noch darauf hingewiesen, daß eine so späte Stellungnahme nur die nicht einheitliche Leitung der Berliner Verwaltungsstellen treffe, fällt bei der darauffolgenden Abstimmung der Antrag mit ziemlichlicher Majorität. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung, „Die Vertheilung der Berliner Verwaltungsstellen“, erstattet Rapp Bericht. Der Plan, der ein wesentliches Freiwerden von Kräften für die Agitation bedeutet, hat auch den Einzelverwaltungen vorgelegen und haben sich drei (Zentrum, Moabit und Ost) dafür, zwei (Nord und Schöneberg) dagegen erklärt, mitbin sei derselbe vorläufig gefallen. Bei dem Punkt „Neuwahl der Agitationskommission für Berlin, Brandenburg und Pommern“ wird die Ausdehnung der Thätigkeit der Kommission auf Berlin begründet. Aus der Wahl gehen hervor die Mitglieder Mohrlo, Glück und Gerzerowski. Bezüglich der Herbergskommission wird beschlossen, dieselbe aus der Liste wählen zu lassen, welche für die Zukunft die Auszahlung des Reisegeldes regelt.

Die öffentliche Versammlung der Ladrer und der im Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, welche am 22. d. M. bei Bergner tagte, war berufen, nach einem Vortrage von Paul Jahn über: „Die Arbeiterfrage der Gegenwart“ endgiltige Beschlüsse über einen eventuellen Eintritt in eine Lohnbewegung zu fassen. Seitens der Agitationskommission wurde Klage darüber geführt, daß ihr in völlig ungenügender Weise Mißstände in Werksstätten unterbreitet würden, obgleich durch die öffentliche Besprechung vorhandener Mißstände bereits Erfolge erzielt worden seien. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage wurde auf die unzureichende Organisation zurückgeführt, wodurch es ermöglicht werde, daß die Arbeitszeit eine ständige Steigerung, die Arbeitslöhne dagegen eine ständige Herabsetzung erfahren. So sei es dahin gekommen, daß Wochenlöhne von 15 M. schon nicht mehr zu den Seltenheiten gehören. Nach den gemachten Mittheilungen sollen besonders die Innungsmeister das größtmögliche in bezug auf Zahlung schlechter Löhne leisten. In anbetragt der herrschenden Verhältnisse wurde eine Lohnbewegung als dringend notwendig hingestellt, und zwar will man zunächst eine Verkürzung der Arbeitszeit anstreben, welche eine Erhöhung der Löhne in sich schließen würde. Nach längerer Diskussion gelangte die Versammlung zur Annahme einer Resolution, in welcher die traurige Lage im Ladrergewerbe anerkannt und beschlossen wird, in eine Lohnbewegung einzutreten. Den Zeitpunkt, zu welchem mit Forderungen an die Arbeitgeber heranzutreten werden soll, sowie die Feststellung der Forderungen wurde einer späteren Versammlung überlassen. Die Versammlung vollzog sodann einige Erklärungen zur Agitationskommission. Aufgeschlossen sind Gannsch und Gebauer. Neu gewählt wurden Semisch und Roland. Die Agitationskommission wurde beauftragt, allmonatlich mindestens eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Zur Kaffeefeier findet am 25. August eine Herrenpartie nach Heiligensee statt.

Niedorf. Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Zimmerer tagte hier am 14. Juli. Nach einem recht beifälligen Ausgange des Beschlusses wurde die in der vorigen Versammlung abgebrochene Debatte fortgesetzt. Es handelt sich darum, ob neben der Filiale des Verbandes auch noch eine Organisation sogenannter lokaler Richtung gegründet werden soll. Eine Absicht, die natürlich nur ein Zerstückeln der Kräfte herbeiführen würde und die Organisation zur Bedeutungslosigkeit herabsinken ließe. Gegen 8 Stimmen wird nach längerer Debatte beschlossen, die Filiale des Verbandes zu unterstützen. Damit waren die Bestrebungen der anderen Richtung abgelehnt.

Kandmannschaft der Schleswig-Holsteiner in Berlin. Mittwoch, den 14. Juli 1909, abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Schleswig-Holsteiner im Vereinslokal Restaurant Kommandanten-Casino, Kommandantenstraße 10-11.

Soziale Uebersicht.

Alters- und Invalidenversicherung. Seit einiger Zeit ist es weiblichen Versicherten, die eine Ehe eingehen, sowie gewissen Hinterbliebenen von verstorbenen Versicherten gestattet, Anspruch auf Rückzahlung der Hälfte der für sie bezw. den Versicherten gezahlten Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung zu erheben. Es wird für die Personen, denen dieses Recht zusteht, von Interesse sein, zu erfahren, daß der Anspruch auf Erstattung unter Verbringung der zur Begründung desselben dienenden Beweismittel bei dem Vorstände derjenigen Versicherungsanstalt, an die zuletzt Beiträge entrichtet worden sind, geltend zu machen ist. Was als Beweismittel anzusehen sind, darüber entscheiden die Versicherungsanstalten. Einzelne haben auch bereits Verfügungen nach dieser Richtung erlassen. Im allgemeinen wird man annehmen können, daß die Beweismittel, wie sie von einer Versicherungsanstalt in jüngerer Zeit als notwendig bezeichnet sind, genügen werden. Danach sind den Antrag folgenden Schriftstücke beizufügen: 1. Dem Antrage einer Ehefrau auf Erstattung ihrer Beiträge: die Ehefähigkeitsurkunde, die laufende Quittungskarte und die Bescheinigungen über die Aufrechnung der früheren Quittungskarten; 2. dem Antrage einer Witwe auf Erstattung von Beiträgen ihres verstorbenen Ehemannes: die Sterbeurkunde des Ehemannes, die Ehefähigkeitsurkunde, die laufende Quittungskarte und die Bescheinigungen über die Aufrechnung der früheren Quittungskarten des Ehemannes; 3. dem Antrage ehelicher Kinder auf Erstattung der Beiträge ihres verstorbenen Vaters: die Sterbeurkunde des Vaters und der Mutter, die Geburtsurkunde der Kinder, die Quittungskarte und die Aufrechnungsbescheinigungen der Mutter, die Vormundschafsbestellung des den Antrag stellenden Vormundes; 4. dem Antrage vaterloser ehelicher Kinder auf Erstattung der Beiträge ihrer verstorbenen Mutter: die Sterbeurkunde der Mutter, die Geburtsurkunde der Kinder, die Quittungskarte und die Aufrechnungsbescheinigungen der Mutter, die Vormundschafsbestellung des den Antrag stellenden Vormundes und die Sterbeurkunde des Vaters der Kinder; 5. dem Antrage unehelicher Kinder auf Erstattung der Beiträge ihrer verstorbenen Mutter: dieselben Urkunden, wie vorstehend angegeben, mit Ausschluß der Sterbeurkunde des Vaters der Kinder. Bei Erstattungsanträgen Hinterbliebener ist außerdem eine Bescheinigung über die Todesursache des verstorbenen Versicherten beizubringen, in der insbesondere auch angegeben werden muß, ob etwa aus Anlaß eines Unfalls den Hinterbliebenen eine Unfallrente zusteht. Die Ausstellung dieser

Urkunden und Bescheinigungen hat nach Vorschrift des § 140 Gesetzes vom 22. Juni 1889 gebühren- und stempelfrei zu geschehen.

Von den Gefahren des Vergetriebes giebt folgende Unfallstatistik einen Beleg. In dem Bezirke der Knappschafts-Vereinsgenossenschaft des Sektors II (Bodum) verloren von den im vergangenen Jahre durch Unfall derart verletzten Bergleuten, daß ihnen eine Rente gewährt werden mußte, 5 den linken, 6 den rechten Arm, 4 den linken, 1 den rechten Vorderarm, je einer die rechte oder die linke Hand, 33 verloren Finger der linken, 29 der rechten Hand, 102 Fingerglieder, 2 das linke, 3 das rechte Bein, 4 den linken, 3 den rechten Unterschenkel. Das linke Auge verloren 10, das rechte 5 Bergleute; theilweisen Verlust des Sehvermögens erlitten 63, des Gehörs 5, rechtsseitige Knochenbrüche trugen 811 davon; erstickt sind 24, ertrunken 5. Außerdem erlitten noch 1139 Bergleute sonstige Verletzungen. Die Statistik lieft sich wie der Bericht über eine Schlacht. Bringt man mit der Gefährlichkeit des Vergetriebes die geringe Vergütung der Bergleute in Vergleich, dann wird so recht klar, wie viel der modernen Gesellschaft noch zu thun übrig bliebe, wenn sie überhaupt die Absicht hätte, der Arbeit zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Die Aufhebung des Volkschulgelbes ist auch in der württembergischen Stadt Weingarten beschlossen worden. Es hat nun schon eine ganze Reihe von württembergischen Ortschaften einen solchen lobenswerten Beschluß gefaßt und überall, wo das noch nicht der Fall war, treten die sozialdemokratischen Vertreter auf den Rathhäusern dafür ein, wie auch die sozialdemokratischen Vereine durch Eingaben die Aufhebung des Volkschulgelbes herbeizuführen suchen.

Vermischtes.

Für einen Kanal von Moskau nach Berlin ist für die Strecke Götrow-Lüchow bei Götrow nunmehr der erste Spatenstich gethan worden. Mit Benutzung der Barnow, der Nebel und der Seen des sogenannten südwestlichen Plateaus soll der Zugang zur Havel und deren Kanälen gewonnen werden.

Von einem schmerzlichen Verlust ist der „Berliner Tageblatt“ aus Paderborn folgende Geschichte meldet: Am Sonnabend hielt der ehrenwerthe Rektor a. D. und Reichstags-Abgeordneter Ahlwardt im hiesigen Kolosseum eine seiner üblichen Schimpfveranstaltungen gegen 80 Pf. Entree. Die Versammlung, zu welcher sich etwa 600 Personen eingefunden hatten, endete mit einer totalen Niederlage des Altensmannen, um so mehr, als hier ein dunkler Punkt aus der dunklen Vergangenheit des Rektors aller Deutschen zur Sprache kam, was eine sehr dramatische Szene hervorrief.

Von bösen Ahnungen gequält, gab Herr Ahlwardt in seiner mehr als zweifelhafte Rede von selbst zu, daß er einmal im Eisenbahn-Koupee einen ihm wildfremden Bader Kaufmann vor vier Jahren um einen Thaler angepöppelt habe, um nach Paderborn zu reisen und die Lebenswürdigkeiten unserer Hansestadt in Augenschein nehmen zu können. Wie das bei Vorstellungen ja oft geht, habe er den Namen seines Feindes aus der Noth nicht genau verstanden, oder er habe ihn auch vergessen, kurz, es sei ihm bis heute nicht möglich gewesen, seine Schuld abzutragen, wie ihm das auch mit manchen anderen gegangen sei.

In der Debatte, zu welcher erst gegen Mitternacht übergegangen wurde, konstatirte nun Herr Kaufmann Kurt Seydell, daß Ahlwardt bezüglich des Thalers gelogen habe. Der Herr,

welcher ihm aus der Klemme geholfen, sei der Fabrikant Heinrich Dräger und hier in der Versammlung anwesend. Derselbe habe Ahlwardt nicht nur den Thaler, sondern auch seine Geschäftskarte mit genauer Adresse eingehändigt, sobald es Herrn Ahlwardt unter allen Umständen hätte möglich sein können, den entliehenen Betrag per Postanweisung zurückzuführen, wenn er nur gewollt hätte. Er fordere Herrn Ahlwardt auf, ehe er die Juden Betrüger schimpfe, erst seine Schulden zu bezahlen, für die er ein so merkwürdig schlechtes Gedächtniß habe.

Herr Ahlwardt gerieth darauf in sichtlich Verlegenheit und erklärte, er habe heute seine Schuld berichtigen wollen, die Form, in der er es that, habe seinem Gläubiger aber nicht gepaßt, und er werde daher diesem am nächsten Tage den Thaler persönlich überbringen. Man traute dem Herrn Reichstags-Abgeordneten aber nicht, und schließlich erhielt sein Gläubiger unter großem Jubel der Anwesenden den Thaler, der ihm von einem Vorstandsmitglied ausgehändigt wurde, im Saale ausbezahlt.

Aus Brottrode wird mitgetheilt, daß der Brand der Stadt durch einen Knaben veranlaßt worden sei, der eine von ihm gefangene Forelle in einer Scheune braten wollte, nachdem sein Vater ihn aus der Stube verwiesen hatte. Durch unvorsichtiges Umgehen mit dem dazu angezündeten Feuer sei die Scheune in Brand gerathen und habe sich das Feuer dann von dort fortgepflanzt.

Aus Brügge liegt folgende Meldung vor: Nach amtlichen Erhebungen sind 25 Häuser ganz eingestürzt; in denselben befanden sich 236 Familien mit 1012 Personen. 18 Häuser sind theilweise eingestürzt; dieselben waren von 25 Familien mit 411 Personen bewohnt. 39 Häuser zeigten sehr bedenkliche Risse und Sprünge, so daß auch diese von den Bewohnern, 123 Familien mit 1039 Personen, geräumt werden mußten. Im Ganzen mußten 2462 Personen anderweit untergebracht werden. Vom Bahnhof der Austerlitz-Eisenbahn ist eine Strecke von 20 Meter Länge 15 Meter tief eingesunken, wodurch die Bahn 50 Meter lang unterbrochen ist. Seit Sonnabend Mittag haben die Boden-senkungen aufgehört und wurde mit der Räumung der Häuser begonnen. Der Annschacht ist in Seehöhe von 100-110 Meter über Meeresspiegel; der Wasserstand nimmt jedoch nicht mehr zu. Somit scheint der Hohlraum unter den Bräuer Häusern vom Schwimmsande entleert zu sein und dürfte weitere Senkungen nicht zu erwarten sein. In der Grube wird ein Häuer vermißt, während zwei seiner Kameraden sich retteten.

Einem Bericht, der uns von einem in Brügge wohnenden Parteigenossen zugeht, entnehmen wir, daß durch das Unglück namentlich arme Leute um ihr bishigen Hab und Gut gebracht worden sind; es fehlt diesen zur Zeit am Nothdürftigsten. Die Schuld an dem Ereigniß mißt man in der Stadt insgesamt der Grubengesellschaft zu, die vom Annschacht die Abbaue bis in die Stadt hinein verlegt habe.

Die Stadt Silver-City in Neu-Mexiko wurde, wie aus New-York vom Dienstag gemeldet wird, durch einen Wirbelsturm beinahe völlig zerstört. Dabei sollen 80 Menschen ums Leben gekommen sein.

Zur Schiffskatastrophe im Mittelmeer. Den letzten Nachrichten zufolge sind von den 18 Mann der Besatzung der „Maria P.“ 16 und von den 173 Passagieren 23 gerettet. Die Gesamtzahl der Toten beträgt demnach 147, doch sind diese Zahlen noch nicht endgültig, da die Untersuchung noch fort dauert. Vermuthlich wird die „Maria P.“ kaum gehoben werden können wegen der Tiefe des Meeres, welche am Orte der Katastrophe 70 Meter beträgt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 24. Juli.
Friedr.-Wilhelmstädtischer Park. Berlin amüsiert sich.
Neues Theater. Lala-Loto.
Alexanderplatz-Theater. Die Hochzeit von Valentin.
National-Theater. Im Irrenhause.
Die guten Hinten und Hernand's Ehekontrakt.
Apollo-Theater. Ein Abenteuer im Harem.
Flora-Charlottenburg. Der Trompeter von Säckingen.
W. Loach's Sommertheater. Die Berliner Wäschermädel.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Anfang 7 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wiederauftreten des Herrn
Carl Wesselsky.
Im Irrenhause.
Enfationschaupiel mit Melodramen in 5 Akten und 8 Bildern von H. B. Hegie: Max Samst. Dirigent: Moos Wiedede.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Freitag: Zum 1. Male: **Peeliner im Feuer und Wasser.** Volksstück mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern von Frh. Wohlmut.

Friedrich-Wilhelmstädtischer Concert-Park

25/26 Chaussee-Strasse 25/26.
Woju Reklame, da doch täglich ausverkauft!
Lach-Salven!
Berlin amüsiert sich
Frankel als Theaterdirektor.
Die Reize um die Erde.
Die 3 Turner - Matadore.
Cancan in Lumpen.
Der dicke Blum als Ballettense.
Entree 30 Pf.

Volksgarten

(ehem. Weimann's Volksgarten)
Gesundbrunnen. Badstr. 56/57.
Direktion: Max Samst.
Deute: Grosses Kinder-Freudenfest.
Konzert u. Theater-Vorstellung.
Spezialitäten I. Ranges.
Auftreten des Berl. Original-Komikers
Wilhelm Fröbel.
Chansonetten, Soubretten, Viedersänger, Lustgymnastiker etc.
Täglich: **Familien-Ball.**
Kasseneröffnung 5 Uhr. — Anfang des Konzerts 6 Uhr.
Passe-partouts haben Giltigkeit.
Entree 20 Pf. Entree 20 Pf.
Gehe den prachtvollen Weimann'schen Volksgarten an Vereine wochentags unentgeltlich ab.

C. Fröhlich's

Gesellschafts- und Garten
Schönhauser Allee 161.
Jed. Sonntag, Dienstag u. Sonnabend:
Concert, Specialität-Vorstellung.
Anfang 7 Uhr. Entree frei.
Sonntags Anf. 4 Uhr. Programm 10 Pf.
Jed. Montag: Gr. Concert. Entree frei.
Jed. Sonntag, Montag, Mittwoch: Ball.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**
Entree: Kinder 10 Pf., Erwachsene frei.
Kasseleröffnung täglich v. 2 Uhr ab geöffnet.
Für Vereine u. Gesellschaften v. 200 Pers.
Spezialitäten-Vorstellung frei. [23322]

Reichshallen.

Im prachtvollen Garten
(bei ungünstiger Witterung im Saal):
Täglich:
Humoristische Soiree der
Norddeutschen Quartett-
u. Couplet-Sänger
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Reservirter Platz 50 Pf.
Sonntags: Anfang 7 Uhr.
Entree 50 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf.
Die Verbündeten von
der Kanalkaiser.

Neue Welt.

Hasenheide. Mittwoch:
Konkurrenzloses Riesensprogramm!
Erstes Familien- und Kinder-
Ernte-Fest
mit großem Festzug, Gratispräsent-
vertheilung, Bonbonregen etc.
Concert. — **Tanzkränzchen.**
Vorzügliche Specialitäten.
Entree 15 Pf. Kinder 10 Pf.
Donnerstag: **Elfte-Feuerwerk.**

Passage-Panopticum.

Tunefische Truppe:
Schlangen-
beschwörer,
Arabische
Schule, Bauch-
tänzerinnen,
Derwische etc.

Castan's Panoptikum.

Das Bärenweib.
Ein Flug durch die Luft!
Bestrafte weibliche Eitelkeit.

Neues Club-Haus

72. Kommandantenstrasse 72.
Jeden Sonntag: **BALL.**
Empf. meine 4 Säle zu Festlichkeiten
u. Versammlungen gratis. H. Ebert.
Louis Keller's
Riesen-Festsäle,
Koppen-
str. 29.
Größtes u. schönsten Etablissement
der Residenz. [2318L]

Norddeutsche Sänger.

Im prächtigen Sommergarten!
Jeden Montag und Donnerstag:
Entree gänzlich frei.
Bei ungünstiger Witterung findet die
Soiree im Saale statt.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**

!! Teppiche !!

Eine große Partie Teppiche mit kleinen
Farbenmustern in Germania, Brüssel
und Plüsch zu spottbilligen Preisen.
Größe 138x200 cm = 8,-, 5,-, 3,40 M.
170x250 = 5,75, 11,50, 18,-
200x300 = 8,40, 13,-, 17,-
in reiner Wolle, das Stück
2,00 M.
in allen Farben, reine
Wolle, 160 x 200 cm,
das Stück 5,50 M. [89M]
Otto Büchler, Berlin C.,
Königstr. 26, Klosterstr.
Versand-Abtheilung D.
Kleine Hofwohnungen, billig Swine-
münderstraße 35 bei Häbner.

Buss' Salon und Garten.

Gr. Frankfurterstr. 85.
Sonnabende im August und Sep-
tember unentgeltlich an Vereine zu
vergeben. [23496]
„Englischer Garten“, Alexanderstr. 27c.
Säle u. Vereine zu Ver- u. Festlich.
(auch Sonnab. u. Sonnt.) unentgeltlich.
Hoffmann & Sohn (früher Dr. Dr. Dr.)
Begen Auswanderung ganze Wirt-
schaft, auch einzeln, bei Schmidt,
Michaelkirchplatz 4, P. 8 Tr. [23405]

Musikinstrumente,

Saiten und Bestandtheile,
nur beste Arbeit unserer vorzüglichsten
Genossen. Verkaufsstelle u. Reparatur-
werkstatt nur **NW., Verleberger-**
strasse 26 f bei Sparfeld. [23335]

Herren-Hüte 1,25

neueste Facons verkauft das Fabrik-
Comptoir, jetzt Barnimstr. 4 u. 5 I

Achtung!

Den Genossen zur Nachricht, daß ich
mein Cigarrengeschäft von der Swine-
münderstr. 43 n. Swinemünderstr. 33
verlegt habe. Anton Krazanowski.
Billigste Schuhwaren aller Art
im Einzelverkauf zu streng realen
Eingangs-Preisen namentlich für Leber
des „Vorwärts“. **Rosenthal,**
Landsbergerstr. 76 I. [23081]

Die Freude der Hausfrau!

Ich versende als Specialität meine
Schl. Gebirgsballehnen
75 cm breit für 18 M.,
65 cm breit für 14 M.,
meine
Schl. Gebirgsballehnen
75 cm breit für 16 M.,
65 cm breit für 17 M.,
das Schokk 30 Pf., Meter
bis zu den feinsten Qual.
Spec. Musterbuch von sämtlichen
Leinen-Artikeln, wie Bettstücken,
Inletts, Dreil. Hand- u. Taschentücher,
Pique-Barchend etc. etc. franco.
J. GRUBER, Ober- u. Glogau I. Schl.

Schöne gesunde Gartenwohnung.

Stube und Küche, Korridor zu 65 Thlrn.
zu vermieten Charlottenburg, Goethe-
straße 68. [23432]

Möbel, Schlafstelle, billig, b. Gintler.

Zimmerstr. 86, 1. Querg. 2 Tr. [23396]

Ein Haus

allein zu bewohnen, auf dem Lande, bei
Eberswalde, ist billig zu verkaufen. Zu
erfragen bei Bruno Radert, Gräfe-
straße 18, S. 2 Tr. [23355]

Arbeiter-

Hemden

Schon zu 1 M. — Blusen für
jedes Gewerk, Monteur-
jacken u. -Hosen, Maler- u.
Bildhauer-Kittel aus guten
Stoffen dauerhaft gearbeitet,
empfehle zu billigsten festen
Preisen.
Carl Schloss,
Waarenhaus „Bild-Ost“,
22. Wiener-Strasse 22,
1. Grünauerstr. 1.

Arbeitsmarkt.

Polirer auf Steinhühnders ver-
langt **Pape,** Dranienstr. 188. [23435]

Wegen Übernahme eines Geschäfts
ist meine Wohnung, besteh. aus 3 Stuben,
Kammer u. Küche m. Balkon in Niddorf,
Bietzenstr. 81/83, Vorder- 2 Tr., sofort
oder z. 1. Okt. zu verm. Näh. daselbst
23515
Ph. Thomas.

Frei. möbl. Schlafst. f. 2 Herrn bei
Seuber, Elisabethstr. 11, 3 Tr.

Präger, geübte, für Nacharbeit, so-
fort verlangt, Engappapierfabrik Glisa-
beth Ufer 44.

Tüchtiger, selbständig arbeitender
Leinwandweber gesucht, sofort
verlangt. Adressen unter L. S.
dieser Zeitung erbeten. [23415]

Glasäher.

Für auswärtig wird ein durchaus
perfekter Glasäher, der sicher und
gemacht malen, zeichnen, sowie
selbständig entwerfen kann,
auf 3-5-jährigen festen Kontrakt bei
hohem Gehalt gesucht. Derselbe muß
militärfrei und gewissenhaften Alters sein,
längere Zeit selbständig in dem Fach
gearbeitet haben und sehr geübt und
gewandt darin sein. Nur solche, welche
den obigen Anforderungen entsprechen
und gute Zeugnisse haben, wollen
Adressen einreichen unter M. B. 10,
an die Annoncen-Expedition von
J. W. Baschew, Hamburg.

Achtung.

Chirurg. Branche!

Bei Dewitt & Herz, Georgen-
kirchstr. 24, ist wegen Lohnhöhen
ein Streik ausgebrochen. Zuzug ist
fernzuhalten für Gürtler, Dreher,
Schleifer und Arbeitsburschen. 48/6
Tattler, geübt im Nähen von Ma-
schinen, schneid. Kleider, gesucht.
Reiche u. Schulz, Reparatrstr. 109a.

Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Freitag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Louisenstädt. Clubhaus, Annenstraße 16:

Oeffentliche Versammlung der Delegirten.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Ausschusses. 2. Rassenbericht. 3. Bericht der chirurgischen Branche und der Ristentmacher. 4. Gewerkschaftliches. Die Delegirten werden ersucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen. Der Ausschuss. J. A.: R. Millarg.

Achtung! Chirurgische Branche!

Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Bericht über den Streik bei der Firma Döwitt & Herz. 48/5 NB. Die Herren Döwitt u. Herz sind hierzu schriftlich eingeladen. Die Streikkommision.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.) Heute Mittwoch, 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Cohn's Festsaal, Reuthstraße 20-22:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Rassenbericht vom 2. Quartal. Bericht des Vorstandes, der Beisitzer, der Verwaltungskommission und des Arbeitsvermittlers. 2. Erfahrungswahlen des Vorstandes. 3. Verbandsangelegenheiten. 76/9

Montag, 29. Juli, in den Räumen der „Neuen Welt“:

Sommer-Fest

unter Mitwirkung des Gesangs. Kreuzberger Harmonie. Auftreten sämtlicher Spezialitäten etc.

Von 4 Uhr ab: Concert.

Großer Sommernachtsball.

Fachpolonaise, wozu jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält. Ferner erhält jedes Kind einen Bonb., wofür es zweimal auf dem Karoussel fahren kann.

Brillant-Feuerwerk.

Die Rasseküche ist von 2 Uhr ab geöffnet. Billets à 25 Pf. (Herren die am Tanz teilnehmen zahlen 50 Pf. nach) sind auf allen Zahlstellen des Verbandes, sowie bei folgenden Mitgliedern zu haben: Hübner, Reichenbergerstr. 60; Kameh, Adalbertstr. 87, 2 Tr.; Mische, Adalbertstr. 9 vorn 4 Tr.; Runge, Reichenbergerstr. 50 vorn 1 Tr.; Grunert, Mantuffelstr. 64, 2. Hof 4 Tr.; Gebhardt, Urbanstr. 25, 1. Oberg. 8 Tr.; Post, Gräfelstr. 92, 2 Tr.; Carow, Nostitzstr. 14; Quilky, Gr. Frankfurterstr. 16, Oberg. 8 Tr.; Bloch, Kopenstr. 81, Oberg. 4 Tr.; Morgenstern, Nussstr. 18; Fröhlich, Nostitzstr. 48, Seitenfl. part.; Paarmann, Friedrichsberg, Kronprinzstr. 27a.

Anruf!

Bekanntlich beabsichtigt der bedeutendste Hungerkünstler der Gegenwart, Herr

Giovanni Succì,

der bereits in Paris, London, Rom, New-York Proben seiner erstaunlichen Fähigkeit gegeben, auch in Berlin, und zwar in der hierzu am geeignetsten zu erscheinenden Ausstellung „Italien in Berlin“ sich dem Experiment eines vollständigen Hungers zu unterziehen. Um dem Unternehmen den nötigen Werth für wissenschaftliche Forschungen zu geben, erscheint es dringend geboten:

1. Ein Komitee von Fachleuten, Professoren der Medizin, Keryten etc.,
2. Ein Ueberwachungs-Komitee zu bilden. An jeden Freund des Fortschrittes, vor allem aber an die Männer und Jünger der Wissenschaft selbst wenden sich die Unterzeichneten mit der Bitte, durch möglichst zahlreiche Theilnahme die Ausführung des äußerst wichtigen und seltenen Experiments zu ermöglichen und zu beschleunigen.

Das „Succì“-Komitee.

Jeder Theilnehmer des Ueberwachungs-Komitees verpflichtet sich für drei Mal zwei Stunden an insgesamt drei Tagen des Monats die Ueberwachung Succì's zu übernehmen und erhält zu diesem Zwecke eine Passkarte für die Ausstellung. — Anmeldungen sind zu richten an das „Succì“-Komitee, Ausstellung Italien zu richten. D. D.

Schweizer Garten.

Am Königsthor. Am Friedrichshain.

Täglich: Theater u. Spezialitäten.

Dienstag, den 23. Juli:

Riesen-Fronten

Feuerwerk

der geprüften Kunstfeuerwerker Herren A. u. F. Massow. Volksbelustigungen aller Art. Grosser Ball. Anf. der Vorstellung 5 Uhr, des Feuerwerks 9 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Billets à 40 Pf. sind vorher in den Handlungen zu haben.

Achtung!

Der Tanzlehrer-Verein „Solidarität“,

welcher auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, hält sich den Gewerkschaften und Vereinen bestens empfohlen. Aufträge etc. bitte im Vereinslokal Oranienstrasse 121 gütigst niederzulegen.

Der Vorstand.

Künstl. Zähne schmerzlos eingesetzt, festsitzend. Reparaturen sofort. Weniger Bemittelte Ermäßigung. Kreslawski, Spittelmarkt 13.

Unserem fidelem Budiker Otto Wudt zum 44. Wiegenfeste ein domerndes Hoch. (23376)

Die fidele Stockbrüder Sch. W. P. Sch. W. M. B. und wir immer mitten mang O. J., F. L., E. M.

Die Beleidigung, welche ich gegen Frau Medert ausgesprochen, nehme hierdurch zurück. 23546

Fallowitz.

Am Sonntag, den 21. d. M., nachmittags 5 Uhr 10 M., starb nach langem schwerem Leiden der Zeitungshändler

Eduard Andreas

im 53. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag Nachmittag 2 Uhr vom städt. Krankenhaus Friedrichshain nach dem Parochialkirchhof (Bog-hagener Weg) aus statt. 23505

Frau Schwarzkopf.

Am 23. Juli, früh 6 Uhr, verschied nach schwerem Krankenlager, der alte, treue Parteigenosse

Theodor Hidde.

Bei allen, die ihn kannten, wird er sich durch seine aufopfernde Thätigkeit für die Partei ein bleibendes Andenken erworben haben. Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause in Reinickendorf, Provinzstrasse 79, aus statt und bittet um rege Theilnahme

Israel und Frau.

Danksagung.

Für die herzliche Theilnahme und herrlichen Kranzspenden beim Begräbnis meines lieben, unvergessenen Mannes, unseres guten Vaters, Sohnes, Bruders und Schwagers

F. Michalsky

sagen wir allen Verwandten, Freunden u. Bekannten unseren herzlichsten Dank. Die tiefbetrübte Wittwe Anna Michalsky nebst Kindern G. Michalsky, Pflegevater.

Danksagung.

Für die überaus herzliche Theilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Pauline Thormann

geb. Rensch sagen allen Verwandten und Bekannten tiefgefühltesten Dank 2347b

Der trauernde Gatte nebst Kindern.

Bekanntmachung.

Ortskrankenkasse

der Korbmacher zu Berlin.

Durch Erlass ist folgendes bekannt zu geben:

§ 30.

Die monatlichen Beiträge betragen I. für erwachsene männliche Rassenmitglieder einschließlich der Beihilfe 1,50 M.

II. für erwachsene weibliche Rassenmitglieder 0,90 M.

III. für männliche Rassenmitglieder unter 16 Jahren u. für Beihilfe 0,61 M.

IV. für weibliche Rassenmitglieder unter 16 Jahren 0,60 M.

Die Dauer der Krankenunterstützung ist auf 13 Wochen festgesetzt.

Potsdam, den 4. Juli 1895.

Der Oberpräsident Staatsminister v. Achenbach.

Vorsitzende Verfügung tritt vom 22. d. M. in Kraft. [93/2]

P. Keller, F. Schmidt, Vorsitzender, Schriftführer.

Bekanntmachung.

Zweiter Nachtrag

zu dem

Statut

der Ortskrankenkasse der Weber

und verwandten Gewerbe zu Berlin

vom 18. Februar 1893.

Artikel I.

Der § 12 Ziffer 2 erhält folgenden Wortlaut: Im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom zweiten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab, für jeden Arbeitstag, sowie für jeden auf einen Wochentag fallenden Festtag als Kranken-gehalt.

Artikel II.

Vorliegender Nachtrag tritt nach erfolgter Genehmigung durch den Bezirksauschuss und statutenmäßiger Bekanntmachung vom ersten Montag ab in Kraft. Berlin, den 21. April 1895.

Der Vorstand:

P. Stemmler, E. Reismann, Vorsitzender, Schriftführer.

Vorliegender Nachtrag wird hierdurch genehmigt. 2343b

Berlin, den 20. Juni 1895. (L. S.) Der Bezirksauschuss. Nr. 2607. Dippe.

Ostbahn-Park

Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Platz. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Regie: A. Hintsche.

Garten-Concert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors W. Carlson's.

Anfang Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Wochentags 5 Uhr. Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird.

Volksbelustigungen jeder Art. 4 Kegelbahnen zur Verfügung. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.

Bureau Bammelmeyer

Neuestes Ensemble der altberühmten

Stettiner Sänger

Meyss, Pietro, Britten, Steidl, Krons, Röhl und Schrader.

Täglich (außer Sonnabends):

Victoria-Brauerei

(Nahe Potsdamer Brücke.)

Im herrlichen Konzert-Garten resp. Saal.

Anfang präz. 8 Uhr. Rassenöffnung 6 1/2 Uhr.

Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.

Familienbillets 1 Mark (für 3 Personen gültig).

Großartiger Lachersfolg. (Siehe Plakat.)

Mörschel's Vereinshaus und Garten, Schönhauser Allee 28.

Jeden Mittwoch:

Soiree der Leipziger Sänger.

Stets wechselndes Programm. Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder frei.

Auch Sonntags ist für Unterhaltung bestens gesorgt. Kaffeeliche v. 8 Uhr an geöffnet. (Enter 60 Pf.). Kegelbahn, gr. Weisse 20, 1/10 Bairisch 15 Pf. Vereinsz. noch einige Tage frei. Auch ist mein Saal u. Garten noch einige Sonnabende frei.

An die Stahlwaaren- und Waffenfabrik C. W. Engels in Gräfrath bei Solingen.

Unterzeichneter, Abonnent des „Vornwärts“ Berliner Volksblatt, ersucht um portofreie Zusendung eines Probe-Taschenmessers Nr. 414 J. S. wie Zeichnung, mit 2 aus englischem Rasirmesser (Silber-)Stahl geschmiedeten Klinge und mit vergoldetem Stahl-Roskzieher. Gest. feinste Schildpatt-Unt., hochfeinste Politur, fertig zum Gebrauch, und verpflichtet sich, das Messer innerhalb 8 Tagen unfrankirt zu retourniren oder Mark 1,30 dafür einzusenden.

Ort und Datum (recht deutlich): Unterschrift (leseklich):

Jedes Messer ist gestempelt mit meiner beim Patentamt eingetragenen Garantie-Marke:

Erstes u. einziges wirkliches Fabrik-Geschäft am Platze, welches außer an Großisten und Detailisten auch direkt an Private versendet und zwar alles zu Engros-Preisen.

Illustriertes Preisbuch meiner (sämmlichen Fabrikate versende umsonst und portofreit.

Orts-Krankenkasse der Möbelpolier. 23465

Sonntag, den 28. Juli, nachm. 2 Uhr, bei Wiedemann, Blumenstr. 38:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Abänderungsvorschläge der Aufsichtsbörde zu §§ 13 u. 39 des Statuts. 2. Anträge. Der Vorstand.

Möbel-Kaufgelegenheit.

Zum Umzug passende Gelegenheit für Brautleute, Hotels u. Wiederverkäufer. In meinem größten Möbelpolier, Neue Pönnigstr. 59, vorn 1., sollen sofort ca. 150 Wohnungeinrichtungen, verlebene gewesene u. neue Möbel zu jed. annehmbaren Preise verlaust werden.

Durch sehr große Gelegenheitskäufe zu fabelhaft billigen Preisen ist es mir möglich, schon ganze Wohnungs-Einrichtungen für 90, 150, 300 M. zu liefern, ebenfalls hochfeine Wirthschaften zu 1000 bis 5000 M., also billiger wie jede Konkurrenz. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung, ohne große Preiserhöhung. Kleiderständer 15, Kommode 9, Kleiderständer 12, Stühle 2 Mark, neues Kuch.-Kleiderständer 30, Muschelständer 35 M., Bettstellen mit Matratzen, Kleiderständer 15 M., Säulen-Kleiderständer, hochlegant 55, Truhen mit Säulen 60 M., Cylinderbureau, Herrenschreibtische, Damenschreibtische, Schreibsekretäre 30, Plüschgarnituren 80, neue 100 Mark. Paneele, Sophas, Chaiselongue, Salongarnituren, Portièren, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 Mark. Empfehle allen Herrschaften vor Einkauf von Möbeln mein entschieden größtes Möbellager zu besichtigen. Gelaufte Möbel können sechs Monate kostenfrei auf meinen Aufwahrungs-Speichern lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Genossen und Gönner unserer Sache, ersucht am 27. 7. 95, abends 9 Uhr, bei Spät, Georgenkirchstr. 65, behufs Gründung eines Gesangsvereins, Gemischter Chor. Karl Wieseenthal, Mechaniker. 23485

Nordhäuser.

No. 1 Literfl. 70 Pf. 10 Liter 5,00.

No. 2 „ 80 „ 10 „ 6,00.

No. 3 „ 90 „ 10 „ 7,00.

„ 3/4 „ 110 „ 5 „ 5,50.

„ 3/4 „ 150 „ 5 „ 7,50.

„ 3/4 „ 200 „ 5 „ 10,00.

Georg Borstorf, Berlin 80., Michaelkirchstr. 13.

66. Resterhandlung. 66

Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Ballettoiletten, sowie zu Frühjahrs- und Sommermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt u. Epigen.

Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge. 66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Monat. v. 10 M. an Theilzahlung. liefert elegante Anzüge nach Maß

Tompowski, Schneidermeister, Berlin C., Jadenstr. 37, 1 Tr.

Sophaplüsch-Beiste

in glatt, gepreßt und gewebten Qualitäten, auch echt Friso und Moquet, enthaltend 6 bis 22 Meter, spottbillig! Muster franco!

Abgepaßte sehr hochlegante Sattelstapfen billig. Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.

Cigarren — Cigaretten, gediegenes, eigenes Fabrikat, unübertrefflich an Reizität und Güte. Hermann Wicht, 26962* Dresdenstrasse 16.

Feuer-, Lebens-, Glas-Versicher. Karl Meyer, a. d. Stadtbahn 23, II. Billigste Verrechnung. Agenten auch bei Gehalt gesucht. 23902* Klagen, Eingaben, Unfallfällen, Putzger, Steglitzerstr. 65